

Ifrn 5.0

50 Jahre Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.



Landesfrauenrat
Niedersachsen e. V.



Zusammenschluss Niedersächsischer Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände

1970 Gründung des
Landesfrauenrates Niedersachsen
mit „kämpferischen Absichten“

“

Dr. Paula Maeder, LFRN-Vorsitzende 1970 bis 1975

Inhaltsverzeichnis

LFRN glänzt golden: 50 Jahre solidarisch, streitbar, selbstbestimmt	5
Grußwort	
Dr. Carola Reimann, Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	6
„Der Landesfrauenrat ist nicht ein Verein unter vielen ...“	
– die ersten vier Jahrzehnte	7
1970er Jahre: Gemeinsame Schritte zur Interessenvertretung der Frauen	8
1980er Jahre: Der LFRN rückt näher an die Politik heran	12
1990er Jahre: Verankerung der Frauenpolitik – mehr Aufgaben – vielfältige Kontakte	16
2000er Jahre: Bündnisse, Kampagnen und Start der frauenORTE <i>Niedersachsen</i>	20
Auf dem Weg zur Parität: Die 2010er Jahre	24
2011 – 2014: Frauenlobby mit Gewicht, <i>Mechthild Schramme-Haack</i>	25
2014 – 2017: Auf dem Weg zur Parität, <i>Cornelia Klaus</i>	30
2017 – 2020: Rückblick auf drei ereignisreiche Jahre, <i>Marion Övermöhle-Mühlbach</i>	35
2020: Ein besonderes Jahr, <i>Dr. Christa Karras</i>	40
LFRN-Mitgliedsverbände: vielfältig – vielseitig – viele	43
Berufsverbände:	44
Beharrliches Fragen für Frauen in Führung	44
Flächendeckende Geburtshilfe sichern	45
Frauenpower im ländlichen Raum	46
Bedeutungslos oder systemrelevant? Vor allem selbstbestimmt!	47
Konfessionell gebundene Verbände:	48
Purpurkreuz für Gleichberechtigung in der Kirche	48
Bildung, Kultur, Sport:	49
Vielfalt im Sport: Alles gut?	49
Parteien, Gewerkschaften, politisch tätige Organisationen:	50
Erfolgsgeschichte ver.di-Frauenmindestquote, <i>Hannelore Buls</i>	50
Von Halbe/Halbe zum Paritätsgesetz	51
Selbsthilfeorganisationen, Sozialverbände, Serviceclubs:	53
Traditionsreicher Sozialverband: 100 Jahre Frauen im SoVD	53
Frauenhäuser und Beratungsstellen:	53
Kampagnen: Selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt.....	55
Istanbul-Konvention: Gewalt als Menschenrechtsverletzung	56
Frauenpolitisches Netzwerk	58
Mitgliederentwicklung (1970 – 2020)	58
frauenORTE <i>Niedersachsen</i>	59
Frauen im Vorstand	60
Impressum	66

LFRN glänzt golden:

50 Jahre solidarisch, streitbar, selbstbestimmt

Vor 50 Jahren, am 23. Mai 1970, gründeten 20 Frauen den Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. Ihr Ziel: die Interessen von Frauen selbstbestimmt zu artikulieren und sie streitbar gegenüber der Landespolitik zu vertreten. Aus der ersten Gruppe ist ein starker Verband gewachsen, unter dessen Dach 63 Mitgliedsverbände mit über zwei Millionen Frauen solidarisch füreinander eintreten. Der LFRN ist heute die anerkannte Lobby für Frauenrechte im vorparlamentarischen Raum in Niedersachsen.

Seit der Gründung war der LFRN an wichtigen frauenpolitischen Meilensteinen im Land Niedersachsen beteiligt. Dazu gehören das Einrichten eines Frauenreferats im Sozialministerium Anfang der 1980er Jahre, später das Einsetzen der Landesfrauenbeauftragten und 1990 die Einrichtung des ersten Frauenministeriums in Niedersachsen. Der Sitz im NDR-Rundfunkrat und der Sitz in der Landesmedienanstalt stellen die Beteiligung von Frauen in sonst männerdominierten Gremien sicher. Mit unzähligen Stellungnahmen haben die LFRN-Aktiven die Positionen von Frauen in Gesetzgebungsverfahren getragen. 50 Jahre Landesfrauenrat sind eng mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen und Initiativen verknüpft und mit der Initiative frauenORTE *Niedersachsen*, ein Vorzeigeprojekt, das Jahr für Jahr mehr Menschen für das Leben und Wirken von Frauenpersönlichkeiten einst und heute interessiert und innovativ Frauengeschichte und Kulturtourismus verbindet.

Unsere Jubiläumsbroschüre bietet Einblicke in fünf bewegte Jahrzehnte der Frauenlobby. Die ersten Kapitel beschreiben die großen Linien der Netzwerk- und Vorstandsarbeit. Die folgenden Texte widmen sich der vernetzten Vielfalt der Verbände und dokumentieren das Frauenengagement in Niedersachsen. Sie stellen Best-Practice-Beispiele anhand von Kampagnen und Aktionen vor und machen weibliche Vorbilder fürs Ehrenamt sichtbar.

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung des Landes Niedersachsen für diese Veröffentlichung im Rahmen der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit und Bürgergesellschaft und für die Institutionelle Förderung des Landesfrauenrates.

**Landesfrauenrat
Niedersachsen e.V.**



www.landesfrauenrat-nds.de

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe engagierte Frauen im Landesfrauenrat Niedersachsen!

„Nichts kommt von selbst“, hat Willy Brandt einmal gesagt. Unter seiner Kanzlerschaft wurde der Landesfrauenrat im Mai 1970 gegründet. Zum fünfzigsten Geburtstag möchte ich Ihnen auf diesem Wege ganz herzlich gratulieren und allen Frauen, die mitgearbeitet haben und noch mitarbeiten, ganz herzlich für ihren Einsatz danken.



Foto: Tom Figiel

„Nichts kommt von selbst“, das könnte auch als Motto über der Frauengeschichte stehen. Es hat zu allen Zeiten engagierte Frauen gebraucht, die sich für Gleichstellung eingesetzt haben.

Und wenn wir an dieser Stelle mal einen Blick in das Geschichtsbuch werfen: Erst seit 1976 mussten Frauen nicht mehr zwangsläufig den Namen ihres Ehemannes annehmen. Seit 1977 konnte der Mann nicht mehr die außerhäusliche Arbeit seiner Frau kündigen, weil er der Meinung war, dass sie daheim den Haushalt vernachlässigt. Und erst seit 1997 ist die Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand. Diese kurze Aufzählung zeigt Meilensteine in der Geschichte der Gleichstellung in den fünf Jahrzehnten des Bestehens des Frauenrates.

Mehr noch, der Landesfrauenrat war und ist eine starke Vertretung der Frauen bei uns im Land. Er ist die Stimme der Frauen und mahnt in dieser Funktion Veränderungen und Fortschritte an, überparteilich, aber niemals unpolitisch. So begleiten Sie konstruktiv und kritisch die Arbeit der Landesregierung.

Auch wenn viel erreicht wurde in den letzten Jahrzehnten, so ist die vollständige Gleichberechtigung von Frauen doch noch nicht erreicht. Gerade, wenn man sich den Anteil der Frauen in politischen Ämtern und Mandaten anschaut, wird deutlich, dass es noch viel zu tun gibt.

Der Landesfrauenrat mit seinen mehr als 60 Mitgliedsverbänden hat immer wieder wichtige Themen aufgegriffen, von Gesundheit über Gewalt gegen Frauen, bis zu Integration und Existenzsicherung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Im letzten Jahrzehnt ist zudem die wundervolle Initiative frauenORTE *Niedersachsen* hinzugekommen, die Frauengeschichte als Teil der Landesgeschichte erfahrbar und erlebbar macht. Herzlichen Dank für diese wichtige Initiative.

„Nichts kommt von selbst“, wir brauchen auch in Zukunft engagierte und motivierte Frauen. In diesem Sinne danke ich dem Landesfrauenrat Niedersachsen für seinen wichtigen Einsatz und hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Ihre

Carola Reimann

Dr. Carola Reimann

Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

„Der Landesfrauenrat ist nicht ein Verein unter vielen...“

Die ersten vier Jahrzehnte

Erinnern Sie sich noch? 1970 sorgt die Ostpolitik Willy Brandts für Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, das Wahlalter wird auf 18 Jahre herabgesetzt, der Vietnamkrieg zieht immer weitere Kreise und die Beatles trennen sich. Die Welt wird von Männern bestimmt: Im Kabinett sitzt keine einzige Frau, nur Katharina Focke darf als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt mitmischen; die Arbeit von Frauen wird nach sogenannten Leichtlohngruppen bezahlt; das Ehe- und Familienrecht macht den Mann zum Alleinherrscher über Frau und Kinder; alle Nobelpreise des Jahres gehen an Männer. Die Frauen rebellieren und gehen zum ersten Mal gegen den § 218 auf die Straße. Und: Eine Initiative aus erwerbstätigen Frauen, Kirchenvertreterinnen, Gewerkschafterinnen, Hausfrauen, Staatsbürgerinnen, Künstlerinnen und Landfrauen gründet nach dem Beispiel anderer Bundesländer den Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. Dass sie damit der größten Frauenlobby in Niedersachsen den Weg bereiten, daran dachte zunächst kaum eine der Gründerinnen. Gehörten dem LFRN anfangs 21 Frauenverbände und Frauengruppen an, repräsentiert er heute ein starkes Bündnis von 63 Organisationen, die die Interessen von mehr als 2,2 Millionen Frauen vertreten. Sie bilden das überaus vielfältige und engagierte Netzwerk von Frauen für Frauen und stehen für die Erfolge der Frauen- und Gleichstellungspolitik in den vergangenen 50 Jahren.

lfrn 5.0

50 Jahre Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.

 **solidarisch**  **streitbar**  **selbstbestimmt**

1970er Jahre

Gemeinsame Schritte zur Interessenvertretung der Frauen

1971 rüttelt die „Selbstbe-zichtigungskampagne“ von 374 Frauen im „Stern“ mit der Titelseite „Wir haben abgetrieben!“ auf und gibt der Frauenbewegung weiteren Schwung.

1972 wird mit Annemarie Renger (SPD) zum ersten Mal eine Frau zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt.

1973 setzt der Deutsche Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ ein.

1975 ist das Internationale Jahr der Frau und findet die erste Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Mexico-City statt.

1976 gründet die Frauenhaus Initiative Hannover das erste Frauenhaus in Niedersachsen.

1977 wird mit der Reform des Ehe- und Familienrechts die „Hausfrauenehe“ abgeschafft. Bei der Scheidung wird vom Schuld- auf das Zerrüttungsprinzip umgestellt, wer nach der Scheidung nicht für sich selbst sorgen kann, hat Unterhaltsanspruch.

1979 führt Bundesfamilienministerin Antje Huber (SPD) den Mutterschaftsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie, Kündigungsschutz und Mutterschaftsurlaubsgeld ein.



Ilsa Reinhardt (2.v.l.), LFRN-Vorsitzende 1975-1979, Maria Meyer-Sevenich und Hilde Obels-Jünemann, Politikerinnen der ersten Stunde, werden 1962 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Foto: HAZ Hauschild-Archiv, Historisches Museum Hannover

„Sind Sie bereit, sich an einem Zusammenschluss der Frauenorganisationen auf Landesebene zu beteiligen?“ Mit einem klaren Ja folgten die Vertreterinnen von 21 Frauenverbänden der Einladung von Dr. Hildegard Wilde (Club berufstätiger Frauen) am 23. Mai 1970 ins Leineschloss in Hannover. Unter ihrer Leitung hatte ein sechsköpfiger Ausschuss den Termin sorgfältig vorbereitet, sie leitete auch die Gründungsversammlung, die Dr. Paula Maeder (Deutscher Akademikerinnenbund) aus Neuwarmbüchen zur ersten Vorsitzenden wählte. „Mein Interesse an Frauenpolitik hatte sich bisher konzentriert auf eine Arbeit, die ich für die Landeszentrale für Politische Bildung geschrieben und gerade abgeschlossen hatte: Die gesellschaftliche Situation der Frau. Ein Politikum unserer Zeit“, erinnerte sich Paula Maeder 25 Jahre nach der Gründungsversammlung. Sie gab zu, die aufgeregte Diskussionen um den Vorsitz des neu zu schaffenden Gebildes erst nicht verstanden zu haben und registrierte auch mit einiger Fassungslosigkeit, dass sie Vorsitzende werden sollte. Doch ihre Arbeit hatte wohl den Nerv der Zeit getroffen. „Wahrscheinlich entsprachen diese Gedanken den Erfahrungen der Frauengruppen und die Forderungen nach Wandel und Problemlösungen ihren kämpferischen Absichten. Nur so war das Interesse zu erklären, das mir als einer Neuen entgegengebracht wurde“, berichtete sie.

Noch ohne Einfluss startete der Gründungsvorstand unter ihrer Leitung seine erste Aktion und fand einen ersten Sponsor: den hannoverschen Schokoladenfabrikanten Bernhard Sprengel, in dessen Unternehmen Paula Maeder Personalchefin war. Dann fiel die Entscheidung, die Fraktionen im Landtag in die Pflicht zu nehmen. Von Wilfried Hasselmann, dem CDU-Oppositionsführer, erhielten die Frauen eine Absage, aber der damalige Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD) sagte zu, auf einer Pressekonferenz des Landesfrauenrates aufzutreten. Das war der Durchbruch. Die Presse berichtete und die erste finanzielle Zusage des Ministerpräsidenten über 1.000 DM folgte. Da konnte auch die Opposition nicht zurückstehen. Wie groß war die Freude, als dann die Überweisung der Landesregierung eintraf: Nicht 1.000 DM sondern 10.000 DM gab es als Starthilfe.

„Frauen, die heute etwa 35 Jahre alt sind, wurden nach ihrer Schulentlassung in eine Gesellschaft hineingestoßen, die sie kaum beachtet. Mit dieser veralteten Tradition wollen wir aufräumen und besonders im vorparlamentarischen Raum dafür Sorge tragen, dass die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern endlich auch praktiziert wird“, zitiert die Frankfurter Rundschau die Vorsitzende zu den Zielen der neuen Dachorganisation. Und sie hat auch die Motivation von Ministerpräsident Kubel festgehalten, der sich als Schirmherr des LFRN einspannen ließ: „Hier ist die Möglichkeit eröffnet worden, große Reserven in unserem Volke für die politische Aktivität im weitesten Sinne des Begriffs zu erschließen. Daher werden wir als Landesregierung die Tätigkeit des Frauenrates nach besten Kräften unterstützen.“

Von Anfang an suchte der LFRN den Dialog mit der Politik und wollte auf die Politik im Interesse der Frauen Einfluss nehmen. Dazu gehörte auch, die Männerdominanz im Parlament zu durchbrechen und mehr Frauen als Abgeordnete in Mandate zu bringen. Bereits 1974 setzte der Landesfrauenrat mit seiner Aktion „Frauen ins Parlament“ ein erstes Ausrufezeichen. Mit Zeitungsanzeigen und Flugblättern wurden die Frauen aufgefordert, zur Wahl zu gehen, potentielle Kommunalpolitikerinnen wurden geschult und bei der Veranstaltung „Frauen fragen Politiker“ am 18. Mai 1974 versammelten sich mehr als 1.000 Frauen im NDR Landesfunkhaus, um mit den Politikern Kubel (SPD), Hasselmann (CDU) und Groß (FDP) zu diskutieren. Prompt schickten Medien aus der gesamten Bundesrepublik ihre Vertreter zur Berichterstattung nach Hannover.

1975 übernahm Ilsa Reinhardt (Evangelische Frauenarbeit) aus Stade den LFRN-Vorsitz. Als langjährige CDU-Landtagsabgeordnete von 1947 bis 1974 mit Büro und Zuarbeit durch Mitarbeiterinnen war die neue ehrenamtliche Tätigkeit für sie zunächst eine Umstellung. „Da habe ich so richtig schätzen gelernt, was Frauen in ehrenamtlicher Arbeit zur Führung und Erhaltung der Verbände leisten!“ bekannte sie im Rückblick auf ihre Zeit als Vorsitzende. Sie machte es sich zur Aufgabe, die Verbände durch Seminare zur Förderung von Führungskräften, zum Umgang mit Presse und Rundfunk oder zu Rhetorik fit fürs Ehrenamt zu machen. Die Forderung nach einer steuerlich absetzbaren Pauschale von Unkosten für ehrenamtliche Tätigkeiten flankierte diese Bemühungen. Auf dem Programm standen auch Tagungen und Arbeitskreise zur staatsbürgerlichen Bildung, um Resolutionen an die parlamentarischen Gremien und an die Öffentlichkeit richten zu können. Auch dadurch

wurde der Kontakt zur Landesregierung intensiver, so dass 1977 erstmals 10.000 DM in den Landeshaushalt für die Arbeit des LFRN eingestellt wurden und er die erste eigene Geschäftsstelle einrichten konnte. Als politischer Erfolg kam hinzu, dass die Landesregierung im Sozialministerium ein Frauenreferat einrichtete. Der LFRN wurde in das „Landeskomitee Europawahl 1979“ berufen und bekam auch den lang ersehnten Sitz im NDR-Rundfunkrat. Nach der Gründung von autonomen Frauenhäusern in London, West-Berlin, Köln und Hannover war Dr. Paula Maeder als stellvertretende LFRN-Vorsitzende engagiert bei der Projektplanung eines „Frauen- und Kinderschutzhauses“ in Hannover. Später ergaben sich erste Kontakte zu autonomen Frauengruppen: 1978 kam es z.B. zu einem ersten offiziellen Treffen der autonomen Frauen und der etablierten Verbände in Berlin. Auch auf der transnationalen Ebene vollzog sich eine engere Verflechtung der neuen Feministinnen mit der institutionalisierten Frauenpolitik. Den Hintergrund dazu bildete die Weltkonferenz zum Internationalen Jahr der Frau 1975 in Mexiko, die den Auftakt zur Frauendekade der Vereinten Nationen von 1975 bis 1985 markiert.

LFRN-Gründungsmitglieder

Coop-Frauengilde
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Deutsche Frauenkultur
Deutscher Ärztinnenbund
Deutscher Akademikerinnenbund
Deutscher Beamtenbund
Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen
Deutscher Evangelischer Frauenbund
Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur
Deutscher Frauenring
Deutscher Gewerkschaftsbund
Deutscher Hausfrauenbund, Landesverband Niedersachsen
GEDOK – Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer
Jüdischer Frauenbund
Katholischer Deutscher Frauenbund
Landesverband Nds. Berufstätiger Frauen
Landfrauenverband Niedersachsen
Reifensteiner Verband
Soroptimist-Club
Verband der weiblichen Angestellten
W.O.M.A.N. – Weltorganisation der Mütter aller Nationen

1980er Jahre

Der LFRN rückt näher an die Politik heran

1980 unterzeichnet die Bundesregierung bei der 2. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

1980 wird die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz als Rechtsanspruch im BGB festgeschrieben – ebenso das Recht auf gleiches Entgelt, Stellenausschreibungen sollen geschlechtsneutral formuliert werden.

1982 wird Prof. Dr. Rita Süßmuth Direktorin des Instituts Frau und Gesellschaft in Hannover.

1985 erleichtert das Beschäftigungsförderungsgesetz Frauen den Zugang zu Umschulungen und Fortbildungen, die wegen der Kindererziehung zeitweise aus dem Beruf ausgeschieden sind, Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte dürfen nicht mehr unterschiedlich behandelt werden.

1986 setzt die Landeshauptstadt Hannover als erste niedersächsische Kommune eine Frauenbeauftragte ein.

1986 bekommt das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit per Erlass des Bundeskanzlers erstmals eine Abteilung für Frauenpolitik und Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU) wird somit erste Frauenministerin der Bundesrepublik – paradoxerweise noch mit der Amtsbezeichnung Bundesminister, die auch für Ministerinnen galt.



LFRN-Podiumsdiskussion „Frauen fragen – Politiker/innen antworten“ 1990 in Braunschweig.

Foto: LFRN / Archiv

Die Gründung des LFRN fiel in ein Zeitfenster mit der wachsenden neuen deutschen Frauenbewegung. Die Aktiven in den Organisationen und in der Bewegung führten gleichsam einen gesellschaftspolitischen Dialog und sorgten unabhängig voneinander dafür, dass Frauenpolitik in den 1980er Jahren zu einem anerkannten Politikfeld wurde. Die Frauenbewegung differenzierte sich weiter aus und begann ihren Weg in politische Verbände und staatliche Institutionen. Die ersten Ordentlichen Professuren für Frauenforschung wurden ausgeschrieben, Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbände griffen Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann auf.

Der LFRN rang bis 1977 darum, welche Organisationen Mitglied werden konnten. Frauengruppen politischer Parteien sollten zunächst nicht dabei sein. Allmählich reifte aber die Erkenntnis, dass die Vertretung von Fraueninteressen nur durch politische Einflussnahme und die Zusammenarbeit mit Fraktionen und Parteien erfolgreich sein kann. Die Politisierung auch in Auseinandersetzung mit der neuen deutschen Frauenbewegung führte ganz unterschiedliche Verbände und Gruppen zusammen, um gemeinsam frauenpolitische Positionen zu entwickeln, zu verdichten und schließlich in Politik und Gesellschaft zu vermitteln. Dafür steht ab 1979 auch die neue Vorsitzende Brigitte Scheuermann (Deutscher Beamtenbund) aus Hannover.

Jetzt wurden die weiblichen Abgeordneten des Landtages zu den LFRN-Delegiertenversammlungen eingeladen und im Gegenzug beteiligte sich der LFRN mit schriftlichen Stellungnahmen an Gesetzgebungsverfahren, „wenn das geplante Gesetz ausdrücklich den Begriff

„Frauen“ enthielt“, erinnert sich Brigitte Scheuermann. Und weiter: „Fast unmerklich trat der wesentliche Fortschritt dieser Zeit ein: Politiker verstanden, dass der Landesfrauenrat nicht ein Verein unter vielen war, sondern dass er die organisierten Frauen in Niedersachsen repräsentierte und damit als Mehrheitsbeschaffer für Wahlen beachtet werden musste.“ Durch ihre Kontakte im Sozialministerium erfuhr sie gelegentlich frühzeitig von Vorhaben der Landesregierung, konnte Ideen und Vorschläge einbringen und durch hartnäckiges Wirken im Hintergrund auch an deren Verwirklichung mitarbeiten. So erreichte sie für den LFRN, dass im Sozialministerium ein Frauenreferat mit besonderem Vortragsrecht beim Ministerpräsidenten eingerichtet wurde. Daraus sollte sich einige Jahre später wiederum mit Hilfe des LFRN die Stelle der Landesfrauenbeauftragten entwickeln. In Hannover wurde das „Institut Frau und Gesellschaft“ unter Leitung von Prof. Dr. Rita Süßmuth gegründet, in dessen Aufsichtsrat die LFRN-Vorsitzende 1981 berufen wurde. Die Förderung durch Landesmittel wuchs auf über 30.000 DM an, so dass eine erste Geschäftsstelle eingerichtet und mit Marion Voigt eine Schreibkraft beschäftigt werden konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Geschäftsstelle jeweils am Wohnort der Vorsitzenden befunden.

1983 übergab Brigitte Scheuermann den Vorsitz an Dr. Anna Paula Kruse (Club berufstätiger Frauen) aus Hannover, die sich um eine noch „bessere Adresse“ mit einer kontinuierlichen Besetzung der Geschäftsstelle kümmerte. Neue Räume wurden beim gerade gegründeten Landesrundfunkausschuss in der Arndtstraße in Hannover bezogen, die Landesregierung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht bewilligte den benötigten höheren Zuschuss und das Arbeitsamt richtete eine halbe ABM-Stelle ein. So wurde Renate Schaffranski im Oktober 1985 Leiterin der LFRN-Geschäftsstelle.

Mit Antonia Wigbers (Deutscher Akademikerinnenbund) aus Hannover folgte 1985 die Vorsitzende mit der kürzesten Amtszeit. Nach neunmonatiger Amtszeit wurde sie am 1. September 1986 die erste Landesfrauenbeauftragte mit Sitz in der Staatskanzlei. Zwei Ereignisse forderten in der kurzen Zeitspanne bis dahin ihre ganze Kraft: Der LFRN befragte bei einer Podiumsdiskussion am 24.05.1986 Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht und seinen Herausforderer Gerhard Schröder kurz vor der Landtagswahl zu ihren frauenpolitischen Grundpositionen und Lösungsansätzen. Die Presse titelte „Frauen brachten Zugpferde der Parteien an einen Tisch – Spitzenkandidaten stellten sich in Hannover bohrenden Fragen“. Das zweite wichtige Ereignis war die Literatenausstellung „Frauen sehen ihre Zeit“, die in der Landesbibliothek Werke schreibender Frauen seit der Romantik versammelte. Der LFRN gestaltete das anspruchsvolle dreieinhalbwöchige Rahmenprogramm mit insgesamt 36 Veranstaltungen. Eingeladen waren unter anderem Ingeborg Drewitz, Lea Fleischmann, Karin Struck und Irene Zacharias.

Nach dem Rücktritt von Antonia Wigbers übernahm die bisherige zweite Vorsitzende Ruth Böhmken (Katholischer Deutscher Frauenbund) aus Salzgitter bis 1987 kommissarisch das Amt der LFRN-Vorsitzenden. Die Delegiertenversammlung beschäftigte sich in ihrer Amtszeit unter anderem mit den Aufgaben der neu gewählten Landesbeauftragten für Frauenfragen, Organisationsmodellen für kommunale Gleichstellungsstellen und der AIDS-Problematik.

Der LFRN war in wenigen Jahren zu einem ernstzunehmenden Faktor im politischen Leben des Landes Niedersachsen geworden. Landesregierung und Landtagsfraktionen nahmen den Dachverband von Frauen für Frauen als Interessenvertretung ernst und er stellte gezielt Forderungen zur Gestaltung der künftigen Frauenpolitik. Auch bundesweit behauptet sich Frauenpolitik als eigenständiges Thema und Prof. Dr. Rita Süsmuth, bisher nur Bundesfamilienministerin, wird 1986 per Erlass des Bundeskanzlers erste Frauenministerin der Bundesregierung.

Die 1987 neu gewählte LFRN-Vorsitzende Sabine Dolezalek (WOMAN) aus Gehrden trieb das Thema unter dem Motto „Mehr Frauen in die Politik“ weiter auf die Spitze. Sie war bereits seit 1977 in verschiedenen Funktionen im Vorstand aktiv und hob die politische Beteiligung von Frauen mit Diskussionsveranstaltungen zur Europawahl, zur Landtagswahl und zu 70 Jahren Frauenwahlrecht auf die Agenda. Auch jenseits der Politik warb der LFRN für die ehrenamtliche Tätigkeit und bot dazu z. B. Kurse für „Frauen um 60“ an. Zusammen mit der Landesfrauenbeauftragten Wigbers und der Universität Oldenburg wurden entsprechende Kurse entwickelt, die verschiedene Einrichtungen der Erwachsenenbildung dann professionell anboten.

Wichtige Themen der Delegiertenversammlungen waren die soziale Sicherung von Frauen und die Lage der Frauen auf dem Lande. Frauen im öffentlichen Dienst sollen unterschiedener gefördert und die Sprache von Gesetzen frauengerechter werden. Kontrovers gestalteten sich die Diskussionen zum § 218, aber auch zu Fragen der Gen- und Reproduktionstechnologie. Es begann die enge Kooperation mit den kommunalen Frauenbeauftragten. Als erste Frauenbeauftragte in Niedersachsen startete 1986 die Wissenschaftlerin Dr. Ursula Müller in der Landeshauptstadt Hannover. In den Folgejahren zogen große Landkreise und kreisfreie Städte nach, da die Landesfrauenbeauftragte Antonia Wigbers (vormals Vorsitzende des Landesfrauenrates) diesen Prozess stark unterstützte. Die Geschäftsstelle des Landesfrauenrates war in diesen Jahren mit Karin Pienschke als Leiterin kompetent besetzt.

So schien Ende der 1980er Jahre Frauenpolitik gut etabliert und die Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert. Dann erschütterte im November 1989 der Fall der Berliner Mauer die Welt, Menschen aus Ost und West lagen sich euphorisch in den Armen. Erste Begegnungen von Frauen aus West und Ost ließen erahnen, dass die bisherige Frauen- und Gleichstellungspolitik doch nur ein Teilerfolg war. Die bisher so positive Entwicklung begann bereits zu stagnieren.

1990er Jahre

Verankerung der Frauenpolitik – mehr Aufgaben – vielfältige Kontakte

1990 werden die gesetzlichen Regelungen für Familien und Frauen, die seit mehr als 40 Jahren in beiden deutschen Staaten unterschiedlich ausgestaltet waren, im Einigungsvertrag angeglichen. Artikel 31 Absatz 1 gibt dem gesamtdeutschen Gesetzgeber auf, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.

1994 wird auf Initiative der Niedersächsischen Justizministerin Heidi Alm-Merk das Gleichberechtigungsgesetz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ergänzt um: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

1997 beschloss der Bundestag nach kontroverser Debatte namentlich und ohne Fraktionszwang, dass Vergewaltigung in der Ehe künftig strafbar ist.

1993 wird die SPD-Politikerin Heide Simonis in Schleswig-Holstein zur ersten Ministerpräsidentin eines Bundeslandes gewählt.

1993 wird in Niedersachsen das so genannte Frauenbeauftragtengesetz verabschiedet, mit dem die niedersächsischen kommunalen Gebietskörperschaften verpflichtet sind, eine Frauenbeauftragte zu bestellen.

1995 verabschiedet die 4. UN-Weltfrauenkonferenz die „Pekinger Aktionsplattform“, sie definiert strategische Ziele und listet Maßnahmen auf, die zur Realisierung der Rechte von Frauen und zur Gleichstellung der Geschlechter führen sollen.

1999 halten die Amsterdamer Verträge Gender-Mainstreaming auch als erklärtes Ziel der Europäischen Union fest. Damit sind die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen.



Sechs LFRN-Vorsitzende vereint auf einem Foto, vorne von links: Christa Röder (1996-2002), Ulrike Block-von Schwarz (1990-1996), Cornelia Könneker (2008-2012); hinten von links: Antonia Wigbers (1985-1986), Anna-Paula Kruse (1983-1985) und Sabine Dolezalek (1987-1990). Foto: Falk Scheller

Das Jahr 1990 brachte Niedersachsen ein politisches Erdbeben: Die Landtagswahl am 13. Mai konnte die SPD für sich entscheiden. Nach 14 Jahren Amtszeit musste Ministerpräsident Albrecht (CDU) seinen Hut nehmen und fortan regierte Gerhard Schröder mit rot-grüner Mehrheit – ein Modell für die Bundesebene, wie sich später zeigen sollte. Niedersachsen bekam mit Waltraud Schoppe (B 90/Grüne) seine erste Frauenministerin. Angesichts der Deutschen Einheit beschloss der neu gewählte Landtag, die Vorläufigkeit der bisherigen Landesverfassung zu beenden. Als sie der Landtag am 13. Mai 1993 schließlich neu in der noch heute bekannten Architektur beschloss, gab sie auch Antworten auf die Herausforderungen der begonnenen Dekade. Dazu gehörte die Aufnahme der Staatsziele „Umweltschutz“ und „Gleichberechtigung von Männern und Frauen“, aber auch die Einführung plebiszitärer Elemente sowie eine Stärkung der Rechte des Parlaments.

Der LFRN führte 1990 ein neues Instrument ein, um seine Positionen der Öffentlichkeit zu vermitteln: die Resolution. Zur Premiere beschloss die Delegiertenversammlung gleich weitreichende Forderungen zur Abschaffung von „geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“ und zur Einführung von „Familienergänzenden Maßnahmen“. 1990 begann auch die fruchtbare Zusammenarbeit mit den Frauenräten der anderen Bundesländer, das Jahrestreffen fand in Hannover statt.

Bereits im Januar 1990 lud die Landesfrauenbeauftragte Antonia Wigbers zu einem Treffen mit ostdeutschen Frauen hauptsächlich aus Sachsen-Anhalt ein, an dem auch der LFRN teilnahm. Daraus sollte sich später ein guter Kontakt entwickeln, aber zunächst standen sich die Frauen mit einer gewissen Ratlosigkeit gegenüber – zumal die Frauen aus dem Osten kontroverse Meinungen vertraten. Teils waren es Oppositionelle, die endlich reden durften, während andere noch in den alten, von der SED geprägten Begriffen dachten. In den folgenden Monaten veranstalteten das Bundesfrauenministerium und der Deutsche Frauenrat in den neuen Ländern Frauenbörsen, an denen sich Aktive der niedersächsischen Frauenverbände intensiv beteiligten. Dabei stellten sie sich interessierten, aber auch kritischen Fragen der neuen Bundesbürgerinnen – ein schwieriger, aber erfolgreicher Weg begann.

1990 stand auch wieder ein Wechsel an der LFRN-Spitze an: Ulrike Block von Schwartz war seit 1987 bereits stellvertretende Vorsitzende (zunächst entsandt von der ASF, dann von der Evangelischen Frauenarbeit) gewesen. In ihre Amtszeit fiel die lange geforderte Professionalisierung der Frauenpolitik und die Professionalisierung des LFRN selbst. „Mit Frauenministerium und LAG Frauenbeauftragten arbeitet der Landesfrauenrat gut zusammen, wir brauchen einander und verstärken die Positionen gegenseitig“, blickte Ulrike Block-von Schwartz zurück.

Die LFRN-Geschäftsstellenleiterin Karin Pienschke wechselte ins neu gegründete Frauenministerium, und ein höherer Landeszuschuss ermöglichte am 1. Dezember 1990 die Einstellung von Antje Peters als Geschäftsführerin mit erweitertem Aufgabenspektrum. Dadurch konnten zum Beispiel die Öffentlichkeits- und Gremienarbeit ausgebaut werden. So ist der LFRN seither in der Landesmedienanstalt vertreten, beteiligt sich mit seinen Mitgliedsverbänden seit 1991 am Tag der Niedersachsen und 1994 bei der Infa in Hannover. Bereits seit 1985 erschienen zweimal jährlich Informationsblätter mit einer erheblichen Breitenwirkung innerhalb der Mitgliedsverbände. Seit 1991 erscheint nun viermal jährlich das Mitteilungsblatt „Rundschreiben des Landesfrauenrates“, die späteren „FrauenIMPULSE“.

Am 22. September 1990 lud der LFRN zu seiner 20-Jahr-Feier ins Congress-Centrum Hannover ein. Das Grußwort der Landesregierung überbrachte Frauenministerin Waltraud Schoppe, den Festvortrag hielt Prof. Dr. Marlis Hellinger zum Thema „Gleiche Chancen für Frauen und Männer – auch in der Sprache?“ Die Feier zum Silberjubiläum am 23. September 1995 konnte dies spielend toppen: Ulrike Block-von Schwartz begrüßte die Gäste in der Gaststätte Leineschloss im Landtag, Grußworte sprach Frauenministerin Christina Bührmann und den Festvortrag hielt die inzwischen zur Bundestagspräsidentin gekürte Prof. Dr. Rita Süßmuth zum Thema „Frauen und Ehrenamt im Wandel der Zeit – Hat das Ehrenamt eine Zukunft?“ Die Presse skizzierte treffend: „Parteien kommen nicht an uns vorbei“. Außerdem veröffentlichte der LFRN erstmals sein „Handbuch der Frauenverbände und Frauengruppen in Niedersachsen“.

1996 übernahm Christa Röder (Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland) aus Langenhagen für zwei Wahlperioden den LFRN-Vorsitz. Sie brachte reichlich Erfahrungen als Delegierte (seit 1985), als Beisitzerin im Vorstand (1990-1993) und als stellvertretende

Vorsitzende (1993-1996) mit. Ihre Amtszeit ist mit dem Beginn des Umsetzungsprozesses der „Agenda 21“ und der Beteiligung am „Runden Tisch“ der Landesregierung verknüpft. Dadurch konnte der LFRN sein Kontaktportfolio noch erweitern und sich in der Vereins- und Verbändelandschaft in Niedersachsen optimal vernetzen. Mit dem Einbringen der Resolution „Frauen planen und fordern humane Städte“ forderte der LFRN eine stärkere Einbeziehung von Frauen in die Planung.

In diesen Jahren intensivierte der LFRN auch den Kontakt mit der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (LAG) beispielsweise durch gemeinsame Auftritte beim Tag der Niedersachsen und den „Wahlprüfsteinen“ zur Landtagswahl sowie dem gemeinsamen Wahlauf Ruf, eine Postkarte mit dem Slogan „Wählen Sie!“. Ebenso entwickelte sich der Kontakt zum Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales weiter erfreulich. So wurde der LFRN in das Mentoringprogramm „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ einbezogen und gehörte zum Initiativkreis für den Niedersächsischen FrauenMedienpreis, den „Juliane Bartel Medienpreis“.

Mit dem weiterwachsenden Betätigungsfeld kam Christa Röder ihrem vorrangigen Ziel näher, den Bekanntheitsgrad des Landesfrauenrates zu erhöhen und die vielfältige Arbeit der Frauengruppen und -verbände in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Ausbau der Geschäftsstelle inklusive technischer Aufrüstung und straffer Organisation durch die Geschäftsführerin war die beste Basis dafür. Daher galt der besondere Dank der Vorsitzenden am Ende ihrer Amtszeit Antje Peters. Als der Landesfrauenrat im Ergebnis auch noch eine höhere Landeszuweisung erhielt, waren Freude und Erfolg riesig.

2000er Jahre

Bündnisse, Kampagnen und Start der frauenORTE Niedersachsen

2001 werden die militärischen Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen geöffnet.

2001 beschließt der Bundestag mit rot-grüner Mehrheit das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft für zwei Menschen gleichen Geschlechts.

2002 tritt das Prostitutionsgesetz in Kraft, das die Diskriminierung von Prostituierten abbauen und ihre rechtliche und soziale Situation verbessern will. Sexarbeiter*innen können nun regulär in die gesetzliche Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung einzahlen.

2002 wird das Gewaltschutzgesetz beschlossen, nach dem Täter von der gemeinsamen Wohnung weggewiesen und Gewaltschutzanordnungen wie Kontakt- und Annäherungsverbote ausgesprochen werden können.

2005 wird Dr. Angela Merkel (CDU) die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

2005 beschließt der Niedersächsische Landtag eine Gesetzesnovelle, bei dem der Begriff der Gleichstellungsbeauftragten anstelle der Frauenbeauftragten eingeführt wird. Damit soll herausgestellt werden, dass sich die Gleichstellungsbeauftragten grundsätzlich für den Abbau geschlechterspezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter einsetzen sollen.

2006 tritt das Gesetz gegen Psychoterror in Kraft, dass gegen Stalking vorgeht.

2006 kommt nach längerer Debatte das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), es wird die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingerichtet.

2007 tritt das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit in Kraft.

2007 beschließt das Bundeskabinett den „Zweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“.



Ursula Thümler (3.v.l.), LFRN-Vorsitzende von 2002-2008, übergibt Unterschriften der „Kampagne gegen Zwangsprostitution“ an die Frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen, 2006.

Foto: LFRN

Im Jahr des Jahrtausendwechsels war Hannover weltweit in aller Munde: Unter dem Motto „Mensch, Natur und Technik – Eine neue Welt entsteht“ öffnete vom 1. Juni bis zum 31. Oktober die Expo 2000 ihre Pforten. Im Vorfeld hatte der LFRN gefordert, Frauen bei der Planung und Durchführung der Weltausstellung stärker zu beteiligen. „Die Forderung nach einer Frauenbeauftragten war von der überwiegend männlich besetzten Geschäftsführung der Expo 1995 abschlägig beschieden worden. Für Anregungen seitens der Frauen sei man jedoch ‚sehr aufgeschlossen‘“, erinnerte sich Christa Röder später an die Antwort. „Für uns Frauen galt es daher das Ziel zu verfolgen, das Gleichberechtigungsangebot auch bei der Expo 2000 mit dem Thema Mensch – Natur – Technik voran zu bringen. Einen eigenen Frauen-Pavillon konnten wir nicht durchsetzen, dafür aber viele Aktionen und positive Gemeinsamkeiten von Frauen für Frauen.“ Dazu gehörte das Gastgeberinnenprojekt, das der LFRN mit dem Verein „Frauen & Expo“ realisierte. Dem Verein saß Mechthild Schramme-Haack vor, die später LFRN-Vorsitzende werden sollte. Das Gastgeberinnenprojekt begleitete Frauen aus aller Welt, die an den Expo-Fachdebatten teilnahmen.

2000 war auch das Internationale Jahr der Freiwilligen, das zahlreiche weitere Kooperationen zur Förderung des Ehrenamtes mit sich brachte. So wurde der LFRN in den im August 2001 neu gegründeten Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen En-

Ifrn 5.0

gagements – kurz Niedersachsen-Ring – berufen, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen vertreten sind. Außerdem vertrat Christa Röder den LFRN von 2000 bis 2010 in der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM), war dort Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Recht und gehörte auch dem Vorstand an. Christa Röders Fazit am Ende ihrer Amtszeit: „Die Arbeit mit jetzt 55 Frauenverbänden und -gruppen gemischter Verbände hat mich immer fasziniert. Bei vielen unterschiedlichen Interessen werden Solidarität, Zusammengehörigkeit durch Vernetzung und gemeinsame Ziele erreicht!“

Die geänderte LFRN-Satzung sieht vor, dass der Vorsitz spätestens nach zwei Wahlperioden wechselt – ein angesichts der Vielzahl der Mitgliedsverbände sinnvolles Rotationsprinzip. So wurde 2002 eine Neuwahl nötig und mit Ursula Thümler (Liberale Frauen Niedersachsen) aus Laatzen die erste Vertreterin einer politischen Gruppierung LFRN-Vorsitzende. Zuvor war sie bereits einige Jahre Delegierte und seit 1996 Beisitzerin im Vorstand gewesen. Auch sie amtierte volle zwei Wahlperioden und prägte in dieser Zeit Arbeit und Auftritt des LFRN. Sie erinnert sich: „Ich hatte Glück, mit vielen sachkundigen und engagierten Vorstandsmitgliedern zusammen zu arbeiten. Ich hatte das Glück, mit Antje Peters eine erfahrene und engagierte Geschäftsführerin an der Seite zu haben. Ich hatte das Glück, einen guten persönlichen Kontakt zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Landespolitik zu haben.“

Die unaufhörlich wachsende Zahl der Mitgliedsverbände fand ihren Niederschlag in einem vielgestaltigen Spektrum der Resolutionen, zum Beispiel zum Demografischen Wandel, zu Integration und Migration sowie zu Internet und Neuen Medien, aber auch zu Jugendschutz, Präimplantationsdiagnostik und Rechtsextremismus. Besonders waren die Aktionen zur (Männer-)Fußball-WM in Deutschland 2006: Im November 2005 beschlossen die LFRN-Delegierten die Resolution „Aufklärungsoffensive gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel vor der WM 2006“. Das war der Impuls für die Kampagne „Gegen Zwangsprostitution – Freier haben Verantwortung“, die der LFRN zusammen mit der LAG kommunaler Frauenbüros und Kobra, der Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel, durchführte. Der Kampagnenaufwurf fand starken Widerhall in der Öffentlichkeit, am Ende sammelte ein breites Bündnis aus Politik, Kirche, Sport, Frauenverbänden und Beratungsstellen über 26.000 Unterschriften, die kurz vor der WM-Eröffnung an Ministerpräsident Christian Wulff übergeben wurden. Das Bündnis realisierte eine Postkartenaktion und einen Aufklärungsspot, der in allen Stadien und auf Großleinwänden gezeigt wurde. Ursula Thümler im Rückblick: „Die Kampagne ist ein positives Beispiel einer gelungenen temporären Kooperation mit vielen unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern, die sich auch nachhaltig auf weitere gelungene Vorhaben des Landesfrauenrates ausgewirkt hat. Sehr gefreut habe ich mich auch über die große Anerkennung unserer Arbeit durch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die dem Landesfrauenrat für seine Initiative für die Menschenrechte den Preis „ASF Löwin 2006“ verliehen hat.“

Weitere Akzente ihrer Amtszeit: 2003 lud der LFRN erstmals zum Jahresempfang ein, der sich mit jeweils erstklassigen Festrednerinnen, kompetenten Kooperationspartnern und

Veranstaltungen an attraktiven Orten bis heute zum gesellschaftlichen Höhepunkt entwickelte. Seit 2005 können Einzelpersonen oder Firmen LFRN-Fördermitglieder werden. Das sind mittlerweile Mitglieder des Landtages und des Deutschen Bundestages sowie viele ehemalige Vorstandsmitglieder und Delegierte. Jährlich veranstaltet der LFRN für die Fördermitglieder einen „Dankeschön-Tag“. Zudem lädt der Ministerpräsident als Anerkennung für die ehrenamtlich Aktiven seit 2007 alle zwei Jahre die Vertreterinnen der Frauenverbände zu einem Sommerempfang ins Gästehaus der Landesregierung ein. Zum Schluss brachte Ursula Thümler mit der Geschäftsführerin Antje Peters die Initiative „frauenORTE *Niedersachsen*“ auf den Weg. Als Kuratoriumsvorsitzende unterstützt sie das LFRN-Vorzeigeprojekt nach wie vor bei der Weiterentwicklung.

Am Ende des vierten Jahrzehnts in der LFRN-Historie hielt Cornelia Könneker (Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover) aus Hohenhameln die Fäden in der Hand.

Bereits seit 2002 Delegierte war sie 2006 als Beisitzerin in den Vorstand nachgerückt und dann bis 2011 Vorsitzende. Die Initiative „frauenORTE *Niedersachsen*“ wuchs unter ihrer Führung stetig weiter. Allein 2010 eröffnete sie sieben neue frauenORTE, so dass es bis zur Festveranstaltung zum 40-jährigen Bestehen des LFRN insgesamt neun gab. Im Jahr 2011, in dem der LFRN auch an 100 Jahre Frauentag erinnerte, waren es weitere fünf neue frauenORTE. Für die Erfolgsstory der landesweiten Initiative, in deren Zentrum die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe im Zeitenlauf steht, wurde in diesen Jahren die Basis gelegt. Zu jedem frauenORT erscheint bis heute ein informatives Faltblatt und ist ein spezieller Rundgang entwickelt worden. Seit den Anfangsjahren berichten regelmäßig Printmedien über die Auftaktveranstaltungen und zahlreichen kulturtouristischen Angebote vor Ort. Auch der NDR stieg mit Hörfunk und Fernsehen in die Begleitung des Projektes ein. Durch diese überregionale Öffentlichkeitsarbeit erhöhte sich auch der Bekanntheitsgrad des LFRN.

Überhaupt war 2010 wegen des 40jährigen LFRN-Jubiläums ein besonderes Jahr. Mit einem Händchen fürs Sponsoring gesegnet organisierte Cornelia Könneker das Sparkassen-Forum als Veranstaltungsort für die Feierstunde. Ein großartiges Event war auch die Dankeschön-Veranstaltung 2011: Auf Einladung von VW konnten die Fördermitglieder zusammen mit der Vorsitzenden bei der Frauenfußball-WM in Wolfsburg mit dem Deutschland-Team mitfiebern und gemeinsam das Turnieraus gegen Japan verdauen.

2010er Jahre

Auf dem Weg zur Parität

2011 tritt das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) in Kraft. Ziel ist, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu fördern und zu erleichtern und Frauen und Männer eine gleiche Stellung in der öffentlichen Verwaltung zu verschaffen.

2013 stoßen junge Feministinnen um Anne Wizorek mit dem Hashtag #aufschrei bei Twitter eine öffentliche Debatte über Alltagssexismus an.

2016 tritt eine NkomVG-Änderung in Kraft, nach der Städte und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohner*innen eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte haben müssen.

2011 führt das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NkomVG) in den §§ 8 und 9 die bisherigen Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), der Niedersächsischen Landkreisordnung (NLO) und des Gesetzes über die Region Hannover zu den Gleichstellungsbeauftragten zusammen.

2016 ist das Jahr der Einführung der fixen Geschlechterquote von 30 Prozent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten großer Unternehmen, die auch für Firmen mit Bundesbeteiligung gilt. Weitere Unternehmen werden zu Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und Management verpflichtet.

2017 wird in den USA der Weinstein-Skandal publik und der Hashtag #MeToo etabliert sich, um auf das Ausmaß sexueller Belästigung und sexueller Übergriffe aufmerksam zu machen.

2011 bis 2014

Frauenlobby mit Gewicht

von Mechthild Schramme-Haack



Mechthild Schramme-Haack, LFRN-Vorsitzende 2011-2014, beim Empfang des Niedersächsischen Ministerpräsidenten für die Frauenverbände, 2014.

Foto: Erika Ehlerding

Das war ein großer Schritt in meinem noch relativ frischen Ruhestand: von der Hauptamtlichkeit der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover – nach kurzem Durchatmen – in das anspruchsvolle Ehrenamt der Vorsitzenden des Landesfrauenrates Niedersachsen. Mit dem Votum der Delegiertenversammlung im November 2011 durfte ich als Kandidatin der Service-Clubs Soroptimist International in Niedersachsen für eine dreijährige Wahlperiode als „Frontfrau“ der Frauenorganisationen in die Arena. Ja, eine Arena der frauenpolitischen Forderungen mit Akteurinnen und Akteuren, die mir schon überwiegend aus der kommunalen Gleichstellungspraxis sehr vertraut waren.

Um eine wichtige Erkenntnis vorweg zu nehmen: Die offenen Türen und der Respekt in der Landespolitik vor dem Landesfrauenrat, der Stimme der 2,2 Millionen Frauen in Verbänden und Organisationen, hat mich überrascht. Der LFRN kann bei vielen Beratungen im Landtag und in den Fraktionen seine Positionen einbringen und hat ganz offensichtlich Gewicht.

Und dennoch gilt es in den Beratungen des LFRN-Vorstandes gemeinsam mit der erfahrenen Geschäftsführerin Antje Peters aus dem Spektrum der aktuellen frauenpolitischen Themen diejenigen auszuwählen, die auch für die Mitgliedsverbände und die interessierte Öffentlichkeit „Top-Themen“ sind. Unbedingt gesetzt sind die Themen, mit denen sich die in den Delegiertenversammlungen beschlossenen Resolutionen befassen. Dazu kommen die in der Landespolitik anstehenden Gesetze, Novellierungen oder Programme. Darüber wehen auch immer bundesweite Entwicklungen, Missstände oder Skandale und der jährliche Blick auf Gleichstellungsfortschritte in Europa.

2012 – das Jahr der Themenvielfalt

2012 war für den LFRN ein Jahr mit einer besonders großen Themenvielfalt. Von der Annäherung an Social Media („Frauen vernetzt“) über die Beteiligung am Info-Stand Equal Pay Day in Hannover am 23. März und der Positionierung auf der WoMen-Power auf der Hannover-Messe überall zeigten sich die Vorstandsfrauen des LFRN. Große Beachtung durch einen Besuch der Frauenministerin Aygül Özkan (CDU) fand die Fachtagung in der HVHS Springe mit der Präsentation des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung durch die Vorsitzende der Fachkommission Prof. Dr. Ute Klammer. Die anschließende Delegiertenversammlung forderte erstmals in einer Resolution die paritätische Vertretung von Frauen und Männern in den Parlamenten auf allen Ebenen. Auf entsprechende Wahlrechtsänderungen dringen Landesfrauenräte, der Deutsche Frauenrat in den folgenden Jahren immer lautstarker und mit ideenreichen Kampagnen in der gesamten Republik.

Intensiv hat uns eine „Auffrischung“ des Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) beschäftigt. Vorschläge zur Optimierung wurden mit Fachfrauen und Fachpolitikerinnen erörtert und als ausführliche Stellungnahme in die Beratungen des Landestages eingebracht. Leider ohne Erfolg, da die Mehrheit keine Änderungen beschloss.

Die zu einer besonders erfreulichen Tradition gewordene Kooperation einer jährlichen frauenpolitischen Fachveranstaltung zwischen dem Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen (EIZ) zeigte sich 2012 mit der wichtigen Thematik „Altersarmut von Frauen in Europa“. Im Vergleich der unterschiedlichen Systeme und Regelungen zur Existenzsicherung für Frauen in den europäischen Ländern entstehen interessante Erkenntnisse. Wie stark bestimmen Geschlechterstereotype langlebig unsere Sozialpolitik und welchen Ländern ist es gelungen, moderne Rollenbilder auch in die Alterssicherung zu implementieren?

Ministerpräsident David McAllister (CDU) empfing am 30. Mai die Frauenverbände im Gästehaus der Landesregierung und bedankte sich in einer launigen Rede für das Engagement der Frauenorganisationen. Trotz strahlendem Wetter und leckerer Törtchen liess die Vorsitzende nicht die Chance aus, die Erwartungen des Landesfrauenrates deutlich zu formulieren. Der frauenpolitische Skandal dieser Tage war die damalige Betreuungsgeld-Forderung der CSU, die die Medien und das Land bewegten – Synonym für traditionelle Geschlechterbilder. „Kein zurück an Herd“, forderten wir Frauenpolitikerinnen.

Beim Tag der Niedersachsen in Duderstadt hat der LFRN auch 2012 nicht gefehlt und gemeinsam mit der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und der Vernetzungsstelle ein anspruchsvolles Programm für den an drei Tagen besetzten Info-Stand und die Besuche der Frauenministerin und des Ministerpräsidenten entwickelt. Starke Unterstützung vor Ort hat der Mitgliedsverband der Unternehmerfrauen im Handwerk geleistet.

Landtagswahlen in Niedersachsen bieten auch der Frauenpolitik wichtige Chancen, in der Öffentlichkeit Gehör und Aufmerksamkeit zu finden. Gemeinsam mit den niedersächsischen Gleichstellungsbeauftragten formulierte der Vorstand Wahlprüfsteine. Eine Einladung in die Landespressekonferenz, eine Podiumsdiskussion mit Abgeordneten und die entsprechende Berichterstattung im Rundblick waren der Erfolg dieser besonderen Initiative.

Ein weiteres Highlight im LFRN-Programm war der 10. Jahresempfang im NDR Landeshaus Hannover mit der Dankeschön-Veranstaltung für die Fördermitglieder Ende September. Eingefädelt durch Ursula Thümler, frühere Vorsitzende des LFRN und Vorsitzende des NDR-Rundfunkrates, war es gelungen, die prominente Panorama-Moderatorin Anja Reschke als Festrednerin zu gewinnen. Mit einem beeindruckend engagierten Vortrag zur Verantwortung der Medien konnte sie die Gäste fesseln.

Die 2. Delegiertenversammlung des Jahres nahm „Neue Strategien gegen Partnergewalt“ in den Focus. Gemeinsam mit unseren Fachverbänden im Landesfrauenrat, dem Landespräventionsrat, dem Netzwerk Frauen und Gesundheit und der niedersächsischen Polizei wurde auf den Ausbau der Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen geschaut. „Uns ist bewußt, dass dieses Thema noch sehr lange nicht erledigt ist“, war das Resümee der Vorsitzenden.

Auch für die Initiative frauenORTE *Niedersachsen* ergab sich 2012 ein sehr erfreulicher und sehr hochkarätiger Zuwachs. Und zwar mit der ersten deutschen Frauenärztin Hermine Heusler-Edenhuizen aus der Krummhörn, der ersten Landrätin in Niedersachsen Hertha Peters in Peine und der erfolgreichen jüdischen Kauffrau und Stifterin der Synagoge Susanna Abraham in Nienburg.

2013 – das Jahr mit neuer Landesregierung

Die Landtagswahlen im Januar 2013 bescherten Niedersachsen eine neue Landesregierung und eine neue Frauenministerin: Cornelia Rundt besuchte schon in den ersten Wochen ihrer Amtszeit die LFRN-Geschäftsstelle und interessierte sich für unsere Wünsche an die Landespolitik. Auch der neue Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte Zeit für den Antrittsbesuch des Landesfrauenrates und zeigte sich interessiert an guten Ideen für die Frauenförderung in den Landesbehörden.

Für den Vorstand folgen in März und April in gewohnter Kooperation der Standdienst beim Equal Pay Day und auf der WoMen-Power-Messe in Hannover.

Ifrn 5.0

Die erste Delegiertenversammlung wagte auf Einladung des Landfrauenverbandes Weser-Ems einen neuen Tagungsort in der Katholischen Landvolkshochschule Oesede bei Osnabrück. Die angegliederte Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung stellte sich der ambitionierten Frage: „GreenEconomy – GenderGerecht?“.

In der Dankeschön-Veranstaltung für Fördermitglieder im Neuen Rathaus Hannover am 29. Mai präsentierten sich Top-Führungsfrauen aus der Wirtschaft vor voll besetztem Saal. Die Wirtschaftsdezernentin der Landeshauptstadt, Sabine Tegtmeyer-Dette, und Ulrike Brouzi, Vorstand NordLB, sowie Marianne Neuendorff, Personalvorstand Bahlsen Gruppe, diskutierten mit der Unternehmerin Jasmin Arbabian-Vogel über „Frauen in der Wirtschaft – auf dem Weg nach oben!“

Unter dem Motto „Ende der Bescheidenheit, Madame! Halbe-Halbe in allen Parlamenten“ stand die jährliche Tagung zur europäischen Frauenpolitik. Die Novellierung des französischen Wahlrechts war beispielgebend für die Parité-Forderung der Landesfrauenräte. Mit einem neuen Flyer dazu erläuterte der LFRN sein Ziel.

Im historischen Goslar fand Ende August der Tag der Niedersachsen statt. Wiederum vom LFRN und den Gleichstellungsbeauftragten umgedeutet zum „Tag der Niedersächsinen“. Die perfekte Gelegenheit die frauenORTE-Persönlichkeit Katharina von Kardorff-Oheimb vielen Besuchenden vorzustellen.

Der Jahresempfang am 1. Oktober füllte das große Foyer im Haus der Wirtschaft der Landeshauptstadt Hannover bis in den letzten Winkel. Festrednerin Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz beeindruckte mit der Präsentation ihrer engagierten Förderung von Frauen in der niedersächsischen Justiz.



LFRN und Tag-Sprecherinnen gemeinsam mit Ministerin Cornelia Rundt beim „Tag der Niedersächsin“ 2013 in Goslar.

Foto: Gabriele Weinberger

Ein neues – und altes – Thema prägte die Fachtagung zur 2. Delegiertenversammlung Anfang November im Kreishaus in Verden: „FrauenGesundheit“. Frauenspezifische Lebenslagen führen zu besonderen psychosozialen Belastungen. Beispielhafte Projekte der Mitgliedsverbände zeigen Wege aus echten Notlagen.

2014 – Ehrenamt und umstrittenes Thema

Die erste große Bühne bietet sich im Januar 2014 mit der Eröffnung der neuen frauenORTE-Wanderausstellung „Auf den Spuren bedeutender Frauen – Über 1000 Jahre Frauengeschichte“ durch Landtagspräsident Busemann (CDU) im Landtagsfoyer. Zur Eröffnung finden sich viele Landtagsabgeordnete, Kooperationspartner*innen der frauenORTE, Vertreterinnen der Mitgliedsverbände, Fördermitglieder und Fachfrauen ein.

Ein großer Erfolg für den Landesfrauenrat zeichnete sich in den Haushaltsberatungen des Landes ab: das erfolgreiche Projekt frauenORTE *Niedersachsen* mit einem eigenen Haushaltstitel gefördert. Ermöglicht wird damit die Schaffung einer Personalstelle: Heidi Linder startete im Frühjahr 2014 ihre erfolgreiche Tätigkeit als Projektkoordinatorin der Initiative und verhilft seitdem mit ihrer Beratung zahlreichen örtlichen Initiativen zu einem erfolgreichen frauenORT-Auftakt.

„Eines zu wenig – alles ist zu viel: Frauen in Familie, Erwerbsleben und Ehrenamt“. Auf dieses Thema schauten Delegierte und Fachpublikum bei der Tagung zur 1. Delegiertenversammlung am 29. März in Hannover. Gemeinsam mit dem Bildungsforum der Konrad Adenauer Stiftung gelingt die Einladung spannender Expertinnen.

Im Juni lädt Ministerpräsident Weil die Frauenverbände zum zweijährlich stattfindenden Empfang. Nach Dank und Anerkennung bleiben auch die noch unerledigten frauenpolitischen Zusagen der Landesregierung das Thema bei Kaffee und Kuchen.

Gemeinsam mit dem EIZ und den eigenen Fachverbänden stellte sich der Landesfrauenrat im September dem wohl umstrittensten Thema der Frauen- und Sozialpolitik: „Prostitution – Frauen – Handel – Sexarbeit“. Der Blick nach Europa und viele Hintergrundinformationen helfen zu komplexen Problemlagen einen eigenen Standpunkt zu definieren.

Im November 2014 endete mit der 2. Delegiertenversammlung und Neuwahlen meine Amtszeit als Vorsitzende des Landesfrauenrates Niedersachsen. Den Staffelposten übernahm hochmotiviert und mit viel frauenpolitischem Know-How Cornelia Klaus.

2014 bis 2017

Auf dem Weg zur Parität

von Cornelia Klaus



Cornelia Klaus, LFRN-Vorsitzende 2014-2017, beim Start der Kampagne „Halbe/Halbe in Rat und Kreistag: Ändern Sie das Wahlgesetz!“, 2015. Foto: Erika Ehlerding

Stellen Sie sich vor: Die Arbeitswelt der Zukunft ist vielfältiger, es gibt keine Ungerechtigkeit mehr. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Gender Pay Gap, also die geringere Entlohnung von Frauen im Vergleich zu Männern, ist kein Thema mehr. Jungen und Mädchen haben die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten in einer ökonomisierten Welt.

Diese Vorstellung ist kein Selbstläufer! Wir wissen: Der bloße Zugang zu Informationen ändert nichts an der Ungleichheit, an der beruflichen und politischen Geschlechterlücke. Unsere Impulse und Visionen sind es, die den Einfluss von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken.

Meine Amtszeit als Vorsitzende startete im November 2014 mit dem Einstieg in die Planung der Fachtagung „Junge Frauen – Nachwuchsförderung für Ihren Verband“ (2015). Wir brauchen auch junge Frauen als Identifikationsfiguren und mehr weibliche junge Repräsentanz in der Politik. Mein Verband Frauen im Management (FIM e.V.), der mich in den LFRN entsendet hat, ist ein bundesweites Frauennetzwerk von und für Frauen in Führungsverantwortung und leistet bereits großartige Arbeit in diesem Feld.

Wir konnten auf die substantiierte Arbeit meiner Vorgängerin im Amt, Mechthild Schramme-Haack, aufbauen. Wir haben Gleichstellungsversprechen, abgeleitet aus unseren Wahlprüfsteinen, aufgegriffen. Thema war z. B. die Novellierung des NGG, eine wesentliche Forderung der Wahlprüfsteine. Der LFRN hat dies in verschiedenen Briefen und Resolutionen in Zusammenarbeit der kommunalen Frauenbüros an die Regierungsverantwortlichen eingefordert. Leider hat es in der vorigen Legislaturperiode keine Ergebnisse dazu gegeben.

Dennoch: Die unermüdliche, manchmal kleinteilige LFRN-Arbeit wirkt, denn sie identifiziert rasch Problematiken, ermöglicht einen Blick auf die (Nicht-)Umsetzung der Gleichberechtigung und trägt zu einem erforderlichen kulturellen Wandel bei.

Das erreichen wir auch mit unserem erfolgreichen Projekt frauenORTE: Niedersachsen ist reich an Frauengeschichte. Ein Teil dieses Reichtums wird sichtbar im Projekt. Seit 2015 ist der LFRN mit seinem Projekt sogar dauerhaft im ScienceCenter, dem Phaeno-Museum Wolfsburg mit einer digitalen, interaktiven Stele für Dr. Sibylle von Schieszl die erste Frau im Vorstand des VW-Autokonzerns vertreten.

In meiner Amtszeit gab es viele Dauerproblemstellungen, und immer war der LFRN eine Treiberin der Themen. Wir haben Position bezogen z.B. zur Novellierung des Prostituiertenschutzgesetzes, zur sicheren Festbetragsfinanzierung der Frauenhäuser, zum Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, der immer noch bei 21 Prozent liegt, zu Digitalisierung und Geschlechterperspektive. Und wir sind neue Wege in der Integrationspolitik gegangen. Es ist ein komplexes, aufeinander bezogenes Wirken, um Rahmenbedingungen zu verändern.

Drei beeindruckende Veranstaltungen hebe ich gern hervor: Die GEDOK Niedersachsen Hannover e. V. zeigte in Kooperation mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen K.d.ö.R., den GEDOK- Regionalgruppen Nord und in Niedersachsen lebenden jüdischen Künstlerinnen zum Gedenken Ausstellungen unter der Überschrift „Befreiung“. Ein Jahresempfang mit Franziska Stünkel, die in beeindruckender Weise ihre Dreharbeiten zu einem Film „Behind the Story“ darstellte und sich bei „Pro Quote Regie“ engagiert. Fazit: Hochqualifizierten innovativen Regisseurinnen und Drehbuchautorinnen muss ein gleicher Zugang zur Regie ermöglicht werden – das Missverhältnis wird in Zahlen deutlich, 11 % weibliche Regisseure zu 89 % männlichen Regisseuren. Der Landesfrauenrat Niedersachsen feierte 2015 45 Jahre Engagement für die Gleichberechtigung von Frau und Mann und das 25-jährige Dienstjubiläum der Geschäftsführerin Antje Peters.



Die Netzwerktagung der Initiative frauenORTE Niedersachsen ist 2016 zu Gast im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Foto: LFRN

Position für geflüchtete Frauen und der Blick nach Europa

2016 prüften wir kritisch die Flüchtlingspolitik und forderten, ein spezifisches Kontingent für Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder zu schaffen. Der LFRN appellierte an die Niedersächsische Landesregierung und die Bundesregierung, bei den Verhandlungen über Flüchtlingsaufnahmen und Flüchtlingskontingente das Schicksal von alleinstehenden Flüchtlingsfrauen und ihren Kindern aus den Kriegsregionen besonders zu berücksichtigen und ihnen zu ermöglichen, in die Bundesrepublik zu kommen. Es war der Start für diverse Angebote für Flüchtlingsfrauen bis hin zur Änderung der Ausstattung in den Flüchtlingsunterkünften. Und wir schauten weiter nach Europa, um die Integration geflüchteter Frauen zu fördern und die sich scheinbar ausschleichende Gleichstellungspolitik Europas zu thematisieren.

Mit dem Positionspapier „Frauen und Flucht“ und mit der Veranstaltung „Integration benötigt die Geschlechterperspektive“ haben der LFRN und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen vor allem die Geschlechterperspektive in die Flüchtlingsdiskussion eingebracht. Der LFRN hat in Brüssel mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie der Staatskanzlei bei der Podiumsdiskussion „Nachhaltige Integration geflüchteter Frauen in Gesellschaft und Arbeitswelt“ mitgewirkt.

Die gemeinsame Veranstaltung des EIZ Niedersachsen, des LFRN und des Teams Gleichstellung der Region Hannover widmete sich der Frage: „EU-Gleichstellungspolitik – einst Motor für die Mitgliedstaaten – heute im Stillstand?“ Detailliertere Forderungen sind an die EU-Abgeordneten Niedersachsens gegangen. Die Veranstaltung war ein Beitrag dazu, dass heute die Gleichstellung der Geschlechter wieder als ein Grundwert der EU propagiert wird. Gemeinsam mit der Staatskanzlei haben wir 2017 einen weiteren Meilenstein mit der Veranstaltung „Digitalisierung und Geschlechterperspektive“ bei der EU gesetzt.

Dauerbrenner Parität in der Politik

Parité ist ein gewichtiger Teil des Aufbruchs in der Frauenpolitik: Der LFRN hatte 2015 zusammen mit der LAG der kommunalen Frauenbüros und Gleichberechtigung und Vernetzung e. V. eine Online-Petition zu Parité auf den Weg gebracht. „Halbe/Halbe in Rat und Kreistag: Ändern Sie das Wahlgesetz!“ lautete unsere Überschrift. Dabei ging es um die paritätische Teilhabe von Frauen in den Kommunalvertretungen des Landes Niedersachsen. Im Umfeld des Weltfrauentages haben wir die Online-Petition beworben. Die Mitgliedsverbände haben ebenfalls für die Unterzeichnung geworben. Auch das Gleichstellungsministerium griff das Thema Parité-Gesetz im Rahmen des Frauenpolitischen Forums auf. Der LFRN hat die Mitgliedsverbände auch gern bei der Vorstellung der Ziele der Petition durch Vorträge unterstützt.

Oftmals wurde benannt, dass Frauen gar nicht wollen und im entscheidenden Moment den Schritt in die Politik nicht wagen. Die Politik blendet Rahmenbedingungen und Auswahlprozesse aus und sieht die Ursache allein bei den Frauen selbst. Das ist nicht neu. Es ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit, mit Vielfalt und dem Machtabgeben umzugehen. Die politisch interessierten Frauen gibt es: Das Mentoringprogramm „Politik braucht Frauen“ des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beweist mit rund 500 Teilnehmerinnen das große Interesse von Frauen an Politik.

Der LFRN hatte immer wieder die angekündigte Optimierung des NKomVG und des NGG, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Frauenbüros in den Kommunen und auch eine Gesetzesvorlage für das Thema „Parité“ eingefordert. Die Novellierung des NKomVG wurde nach diversen Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen, Teilnahme an Anhörungen, Nachfrage und Einforderung 2016 endlich erfolgreich beschlossen. Parité ist weiterhin ein langer Weg, doch wird es bundesweit aufgegriffen und die Bewegung ist fast wie ein Flashmob nicht aufzuhalten.

Wir haben mit unserer Petition „Halbe-Halbe“ das Quorum von 26.000 Stimmen nicht erreicht. Wir haben sie jedoch genutzt, um im interfraktionellen Gespräch mit den gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen weitere Aktivitäten zur paritätischen Teilhabe von Frauen in den Kommunalvertretungen zu planen. Am Tag der Niedersachsen waren der LFRN-Infostand und der Stand der Initiative frauenORTE sehr gut besucht. Wir haben mit unseren prominenten Gästen, Ministerpräsident Weil und Ministerin Rundt, die Petition Parité diskutiert und vor allem die notwendige Umsetzung beworben. 2016 haben wir die Online-Petition zu Parité an Landtagspräsident Busemann übergeben. Der Petitionsausschuss des Landtages befasste sich nun damit. Wir haben mit der Fachtagung „Politik braucht Frauen!“ die Botschaft gesetzt: Politik muss von Frauen und Männern in gleichem Maße gestaltet werden, damit alle gesellschaftlichen Themen auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln erfasst werden. Für die vielen frauenpolitischen Baustellen ist die Paritätische Beteiligung von Frau und Mann in der Politik ein wichtiger Lösungsansatz.

Die Umsetzung von Parité bleibt ein wesentliches Thema. Über unsere Petition hat der Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages 2017 beraten und die Eingabe an die

lfrn 5.0

Landesregierung als Material überwiesen. Der Landtag ist der Empfehlung des Petitionsausschusses gefolgt. Die ausführliche Stellungnahme des Niedersächsischen Innenministeriums zur Sach- und Rechtslage ergab, dass ein Parité-Gesetz ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Wahlgrundsätze der Wahlfreiheit und Wahlgleichheit sowie in die Parteienfreiheit sei.

Aber: Der LFRN gibt nicht auf. Wir unterstützten die bayrische Popularklage des Aktionsbündnisses Parité in den Parlamenten, deren Ziel die Durchsetzung paritätisch besetzter Wahllisten ist.

Und das gab es auch noch

2016 haben wir entsprechend des DV-Beschlusses die Interessen der Verbände mit der Resolution „Pro Pflegekammer“ bekräftigt. Das vorwiegend weibliche Pflegefachpersonal braucht eine starke und eigene Stimme.

Gleichberechtigung ist uns eine tägliche Verpflichtung. Angesichts der Übergriffe in Köln und Hamburg war der LFRN an der gemeinsamen Aktion „One Billion Rising“ in Verbindung mit der „Hannoverschen Erklärung“ und eigenen Statements beteiligt.

Die Armutsquote liegt bei 15,5 Prozent. Frauen sind von Armut und Altersarmut überproportional betroffen und werden als „Problemgruppen“ bezeichnet. Es ist skandalös, denn eine geschlechtsspezifische Draufsicht bei der Prüfung der Ursachen und des dahinterliegenden Systems findet nicht statt. Fakt ist, Frauen haben in Deutschland unverschuldet deutlich weniger Vermögen als Männer, erben weniger, haben mehr familienbedingte Brüche in der Erwerbsbiografie, leisten deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit, haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und wenn sie dann eine Stelle bekommen, verdienen sie trotz gleicher Qualifikation immer noch weniger als Männer. Bei unserer Fachtagung „Frauen und Armut“ in Kooperation mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) haben wir das Missverhältnis aktuell beleuchtet.

Dank an meine Mitstreiterinnen

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen für sehr lehrreiche und hochintensive Jahre als Vorsitzende des Landesfrauenrates. Ein vielfältiges Themengebiet mit bemerkenswerten Begegnungen und interessanten Gesprächen. Beim gesamten Vorstand bedanke ich mich für den verlässlichen Rückhalt, für die Zustimmungen, für die konstruktive Kritik. Ein besonderer Dank gilt Antje Peters, der Geschäftsführerin, die mir eine im besten Sinne Ratgeberin war. Meine Mentorin war Mechthild Schramme-Haack, ich durfte teilhaben an ihren wertvollen Erfahrungen. Dank des Spontaneinstiegs von Dr. Christa Karras als stellvertretende Vorsitzende 2017 hatten der LFRN und ich eine großartige Expertin und Verbündete.

Wo stehen wir heute: Solidarisch – streitbar – selbstbestimmt haben wir den Grundstein für ein Parité-Gesetz gelegt.

2017 bis 2020

Rückblick auf drei ereignisreiche Jahre

von Marion Övermöhle-Mühlbach



Marion-Övermöhle-Mühlbach präsentiert das Jubiläumslogo Lfrn 5.0.

Foto: Erika Ehlerding

Solidarisch – streitbar – selbstbestimmt: Streitbar meint, sich kritisch mit einem Thema auseinanderzusetzen, für dieses Thema zu kämpfen und notfalls eben zu streiten. Auf keinen Fall sollte frau ihr Ziel aus den Augen verlieren. Solidarisch ist, sich gemeinsam für ein Thema einzusetzen: verbindlich, überparteilich, überkonfessionell und loyal. Und selbstbestimmt bedeutet für mich, über mein Leben und meinen Körper selbst zu entscheiden.

Solidarisch – streitbar – selbstbestimmt: Unter dieses Motto haben wir das LFRN-Jubiläumsjahr 2020 gestellt. Drei Schlagworte, die mich in meiner Amtszeit begleiten. Selbstbestimmt habe ich mich im November 2017 zur Wahl gestellt. Die Frauen Union der CDU Niedersachsen hat mich ins Rennen geschickt, und mit dem starken Votum der Delegiertenversammlung konnte ich das anspruchsvolle Amt der Vorsitzenden des Landesfrauenrates antreten. Ein großartiger Start in meine Amtszeit und eine unglaubliche Erweiterung meines persönlichen Netzwerkes war gleich einen Tag später der Empfang „Frauen Netzwerke: Kunst und Kultur“ im Sprengel Museum Hannover.

Mein Ziel ist es, die gelebte Gleichstellung in der Gesellschaft voranzutreiben und den Landesfrauenrat im Flächenland Niedersachsen noch bekannter zu machen. Die Aufgabe der Repräsentantin unserer Frauenlobby ist an die Herausforderung geknüpft, den in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerten Gleichheitsgrundsatz mit durchzusetzen. Wie weit wir aber noch von der Gleichstellung von Frau und Mann, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Paritätischen Besetzung der Parlamente entfernt sind, ist mir seit meiner Wahl immer wieder klar geworden. Und hier kommen dann die Streitbarkeit der Frauen und die Streitbarkeit des LFRN und das Öffentlichmachen dieser Ungleichheit ins Spiel. Es gibt noch viel zu erreichen.

100 Jahre Frauenwahlrecht und heute Parität – oder was?

Nach der Landtagswahl im Oktober 2017 schien sich etwas in der Politik zu ändern. Bei seiner konstituierenden Sitzung wählte der Landtag mit Dr. Gabriele Andretta (SPD) erstmals eine Landtagspräsidentin. Von Anfang an ist sie dem LFRN eng verbunden. Wir haben ein gemeinsames Ziel: die paritätische Besetzung der Parlamente. Die Realität ist jedoch weit davon entfernt. Der Frauenanteil im Niedersächsischen Landtag liegt bei knapp 28 Prozent und ist damit so gering wie lange nicht mehr – vor der Wahl hatte er noch bei 31,4 Prozent gelegen.

Auch deshalb haben wir am Internationalen Frauentag 2018 demonstriert. Genau vor 100 Jahren haben Frauen in Deutschland das Wahlrecht erkämpft. So hieß es bei unserer Aktion vor dem Hauptbahnhof in Hannover „Heraus mit dem Wahlrecht – 100 Jahre Frauenwahlrecht“. In unseren Reihen war auch die in Verden geborene Frauenrechtlerin Dr. Anita Augspurg, dargestellt von der Schauspielerin Birgit Scheibe, die in einer fulminanten Rede die Forderung nach dem Frauenwahlrecht verkündete. Auch wir legten den Finger in die Wunde: „Wir fordern die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und ein wirksames Parität-Gesetz für die Landes- wie Bundesebene!“ Das will auch unsere Resolution „Parität umsetzen“, die nach dem Scheitern der Popularklage zur Parität vor dem Verfassungsgerichtshof in Bayern die Parteien in die Pflicht nahm: Sie sollen die Kandidaturen im Verhältnis 50:50 auf Frauen und Männer verteilen.

2018 hat Dr. Andretta zum Jahr der „Starken Frauen“ ausgerufen. Am 12. November fand der Festakt zum 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts im Landtag statt. Der Landesfrauenrat konnte die Wanderausstellung „frauenORTE *Niedersachsen* – Über 1000 Jahre Frauengeschichte“ ergänzt um vier Thementafeln „Wir haben die Wahl!“ im Landtagsfoyer präsentieren – insgesamt also 35 Frauen, die viel riskiert haben und uns deshalb noch heute Vorbilder sind.

Der LFRN hat sich auch für den 8. März als Feiertag stark gemacht. Bei einer Anhörung zur Änderung des Gesetzes über die Feiertage im Innenausschuss des Landtages haben wir mit einem breiten Bündnis für den Frauentag als Feiertag geworben. Ein wichtiges Signal, das Recht auf Gleichstellung und gegen Diskriminierung umzusetzen. Der Frauentag würdigt die historischen Wurzeln des Kampfes um gleiche und demokratische Rechte aller Menschen. Im Ergebnis wurde aber nicht der 8. März, sondern der Reformationstag am 31. Oktober zum Feiertag gekürt.



Ausstellungseröffnung im Niedersächsischen Landtag zum Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“, 2018.

Foto: Erika Ehlerding

Das änderte aber nichts an unserem Engagement für Parität in den Parlamenten. Eine Aktuelle Stunde des Landtages 2019 zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – auf dem Weg zur Parität“ nutzten wir für Gespräche mit Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Justizministerin Barbara Havliza (beide CDU). Themen waren der Masterplan Digitalisierung, der Fachkräftemangel und Frauen in Führungspositionen.

Beim Frauentag 2019 drehte sich ebenfalls alles um politische Teilhabe: Gleichstellungsministerin Dr. Carola Reimann (SPD) startete die Kampagne #MehrFrauenindieParlamente: Gemeinsam mit über 200 Erstunterzeichnerinnen streiten auch wir für ein modernisiertes Verständnis von Politik.

10 Jahre frauenORTE *Niedersachsen*

Niedersachsen hat eine reiche Frauengeschichte zu bieten. Diesen besonderen Schatz präsentiert seit über zehn Jahren unsere Initiative frauenORTE *Niedersachsen*. Seit dem Start der Initiative 2008 bis Ende 2019 sind 42 frauenORTE entstanden. Ministerin Dr. Reimann konnten wir als Schirmfrau gewinnen, ein Kuratorium unterstützt uns bei der Vernetzung. Zahlreiche Kooperationspartner*innen unterstützen die Initiative vor Ort, Medienpartner ist der NDR. Im April 2018 haben wir zehn Jahre frauenORTE in Verden gefeiert – wo denn sonst? Hier wurde 2008 der allererste frauenORT eröffnet – für die Juristin, Pazifistin und Kämpferin für das Frauenwahlrecht Dr. Anita Augspurg. In meiner Amtszeit haben wir acht Frauen mit einem frauenORT geehrt. Frauen, die nicht unterschiedlicher sein können und viel für uns getan haben. Das große frauenORTE-Netzwerk tagt regelmäßig, um sich auszutauschen und neue Ideen umzusetzen. Wir können auf den Erfolg dieser Initiative sehr stolz sein.

Altbewährtes und Neues

Unsere Delegiertenversammlungen sind die gute Stube des Landesfrauenrates: Vertreterinnen aller Mitgliedsverbände kommen zusammen, um frauenpolitische Themen zu diskutieren, inhaltliche Positionen abzustimmen und die Weichen für die Lobbyarbeit des LFRN zu stellen. Eine gute Tradition ist die Kombination mit Fachtagungen, die wir gemeinsam mit Kooperationspartner*innen veranstalten. Dazu gehörten die Fachtagung „Komm mach MINT – Frauen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik“ (Stiftung Leben & Umwelt der Heinrich-Böll-Stiftung, Kreisfrauenrat Verden), „Rolle vorwärts, Rolle rückwärts. Wo steht die Gleichstellungspolitik?“ (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), „Fachkraft gesucht, Fachfrau gefunden – Ressourcen und Chancen“ (Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen) und „Geschlechtervielfalt“ (Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen).

Unsere Jahresempfänge sind ein Höhepunkt im niedersächsischen Veranstaltungskalender. Jahr für Jahr kommen die Mitgliedsverbände mit Menschen aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen, begegnen sich, knüpfen neue Kontakte und frischen alte auf. 2018 haben wir ins Leibnizhaus nach Hannover eingeladen, im Mittelpunkt stand das Thema „Arm im Alter – Frauenarmut strukturell bekämpfen“. Den Jahresempfang 2019 haben wir erstmals gemeinsam mit unserem Mitgliedsverband FidAR veranstaltet. Den Rahmen für eine exzellente Festrednerin setzte die Börse Hannover: Rebecca Harms, die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, machte diesen Jahresempfang zu etwas Besonderem.

Eine große Ehre war die Einladung zum Empfang des Ministerpräsidenten für die Frauenverbände ins Gästehaus der Landesregierung. Hier können wir unsere Forderungen und Anliegen stets direkt anbringen. Aktuell ging es um das Paritätsgesetz, dessen Wichtigkeit wir noch einmal deutlich vortrugen. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) will dieses Gesetz auf den Weg bringen, und so warten wir gespannt auf die weitere Entwicklung.

Jährlich findet die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) statt, der Zusammenschluss der Landesfrauenräte aller Bundesländer. 2018 trafen wir uns in Hamburg zur Fachtagung rund um das Thema „Netzwerken und Lobbyarbeit im Zeitalter von Social Media“. Mit einer Resolution für ein offenes Europa haben sich die Landesfrauenräte einstimmig für die Unterstützung aller Politiker*innen im Deutschen Bundestag ausgesprochen, die sich für eine gemeinsame europäische Asylpolitik einsetzen. 2019 ging es nach Wiesbaden, wo wir die Resolution „Aktiv für Frauenrechte und Demokratie“ verabschiedeten. Darin ruft die KLFR auf, gegen antifeministische Diskriminierungen und rechtspopulistische Anfeindungen klar Position zu beziehen.

Im Februar 2019 sind wir dem Bündnis Niedersachsen für Europa beigetreten. Wir haben an die Frauen in Niedersachsen appelliert, ihr Wahlrecht aktiv zu nutzen. Die EU ist Motor für Chancengleichheit, Gleichberechtigung und die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten. Zugang zu Bildung, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, Zugang zu Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft

sowie Schutz vor Gewalt sind für Frauen in Europa keine Utopien, sondern Realpolitik für gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Unser Jubiläumsjahr

2020 jährt sich das Gründungsdatum des LFRN am 23. Mai 1970 zum 50. Mal, und das wollten wir ein ganzes Jahr lang mit zahlreichen Aktivitäten von A wie Ausstellung bis Z wie Zusammenarbeit und drei Festwochen im Juni feiern. Die Vorbereitungen liefen bereits auf vollen Touren. Bei einer Veranstaltung zum Frauentag im Mehrgenerationenhaus Celle konnte ich über unser Jubiläumjahr informieren. Es war ein sehr erfolgreicher Tag. Mit über 70 Forderungen im Gepäck bin ich zurück nach Hannover gefahren, um diese dort Ministerin Reimann zu übergeben.

Der Frauentagsempfang der Landtagspräsidentin zum Thema „Frauen in den Medien“ machte greifbar: Wir müssen lauter werden!!! Solidarisch untereinander sein und uns gemeinsam für Parität einsetzen! Es sollte die vorerst letzte Veranstaltung sein, die wir besuchen konnten. Das Virus Covid 19 hat die Welt fest im Griff und somit unsere Aktivitäten lahmgelegt. Es folgten die Absage von Fachtagung und 1. Delegiertenversammlung, die Absage unserer Jubiläumsveranstaltung im Juni und die Absage der Demonstration „Nurses for Future“, die zum Internationalen Frauentag geplant war. Unsere Themen bleiben aktuell: Wie sieht es in der Zeit der Pandemie mit der gelebten Gleichstellung aus? Wer macht die Care-Arbeit? Haben wir wirklich an jeder Milchkanne 4G? Wie bewältigen die Alleinerziehenden diese Zeit? Was sind systemrelevante Jobs? Wie ist der Krisenstab besetzt? Müssten wir uns diese Fragen stellen, wenn die Parlamente schon paritätisch besetzt wären? Wenn Frau und Mann tatsächlich gleichberechtigt wären?

Dankeschön

Das LFRN-Netzwerk ist riesig. Unseren Mitgliedsverbänden und Partner*innen möchte ich für ihre Unterstützung ein großes Dankeschön aussprechen. Mein Dank geht vor allem an den Vorstand, an unsere Geschäftsführerin Antje Peters, die mir mit ihrer unglaublichen Erfahrung kompetent zur Seite steht, an Heidi Linder, unsere großartige Projektkoordinatorin der frauenORTE, an Ursula Thümler, Cornelia Könneker und Christa Röder für das immer wieder Reden und das große Ohr.

Die Gleichstellung von uns Frauen ist weit von dem entfernt, was im Grundgesetz verbrieft ist. Daran muss sich endlich etwas ändern. Aus meiner Sicht müssen wir weiter über Streiten, Solidarisieren und Selbstbestimmtes Leben sprechen.

2020

Ein besonderes Jahr – im 50. Jahr nach der Gründung

von Dr. Christa Karras



Dr. Christa Karras

Foto: Erika Ehlerding

Das Jahr 2020 ist ein besonderes. Nicht nur wegen unseres Jubiläums. Ja, das auch. In erster Linie aber wegen Viren, die wir nicht sehen können, mit weltweiten Folgen, die wir uns nie hätten träumen lassen. Inzwischen wissen wir: Es gibt eine Zeit vor der Pandemie, eine Zeit in der Pandemie und wohl auch eine Zeit nach der Pandemie – wenn ein Impfstoff gegen das Corona-Virus gefunden ist.

Im Mai 2020 aber geht nichts ohne Abstandsregel, ohne langwieriges Händewaschen, ohne Mundschutz. Rasant haben wir gelernt, wie Telefonkonferenzen funktionieren. Jetzt lernen wir, über Videokonferenzen Kontakte zu halten und Vorstandssitzungen durchzuführen. Seit Wochen lernen die Kinder zu Hause mit Tablet, Smartphone und Rechner. Ohne www geht nichts mehr!

Aktuell ist keine Demo möglich wie sie der LFRN zum Beispiel am Internationalen Frauentag 2018 vor dem Hauptbahnhof Hannover veranstaltet hat. Unsere Delegiertenversammlung darf nicht tagen. Die Expertise des LFRN und anderer Bürgerinnen ist fürs Krisenmanagement von Land und Kommunen derzeit nicht gefragt. Last but not least: Unser Festprogramm zum 50. Jubiläum des Landesfrauenrates, obgleich von langer Hand geplant, kann nicht stattfinden. Unsere Arbeit im Verband funktioniert nur noch virtuell!

Auf wessen Rücken funktioniert die Gesellschaft „im mittendrin“?

Zuerst stellten wir fest, wie lebensnotwendig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Vorwiegend Frauen sind als Krankenschwestern, Altenpflegerinnen und -helferinnen, aber auch als Ärztinnen tätig. Wir applaudierten ihnen vom Balkon aus und jetzt endlich – nachdem auch wir als Landesfrauenrat dies lange Jahre gefordert haben – wird der Mindestlohn für die Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsberufen erhöht. Die Altenpfleger*innen sollen als Anerkennungspauschale eine steuerfreie Einmalzahlung erhalten.

Schnell lernten wir die Frau an der Kasse im Supermarkt zu schätzen und nun auch die Verkäufer*innen in Geschäften, die nach und nach wieder öffnen. Zu Beginn der Pandemie mussten alle von jetzt auf gleich ebenso wie Gaststätten und Hotels ihre Türen schließen. Kinder durften weder in ihre Schule noch in ihre Kita und nicht mal in ihre Krabbelgruppe. Firmen, Kulturschaffende und alle Einrichtungen, bei denen es möglich war, verordneten ihren Mitarbeiter*innen Homeoffice. Inzwischen ist das Alltag für viele Familien, auch für viele Einelternfamilien: Das Homeoffice ruft, die Kinder wollen aber spielen, verlangen Aufmerksamkeit oder sind gerade sauer, weil sie ihre Freund*innen nicht sehen dürfen oder sich langweilen. Wieviele Wochen und Monate können das so stressgeplagte Zweielternfamilien, wie lange gar Alleinerziehende aushalten? Und wieder sind es vor allem die Frauen, die sich kümmern müssen.

Die Regierungen haben schnell gehandelt und finanzielle Rettungsschirme für Unternehmen und Selbstständige gespannt. Eine Notbetreuung für Kinder von Eltern, die in so genannten systemrelevanten Berufen tätig sind, wurde eingerichtet. Wer an der Kasse sitzt oder im Gesundheitssystem, bei den Sicherheitsbehörden sowie Ver- und Entsorgung beschäftigt ist oder aber in der Verwaltung unverzichtbar, kann sein Kind betreuen lassen. Die meisten Alleinerziehenden mussten wochenlang allein klar kommen. Erst jetzt in der erweiterten Notbetreuung kommen sie zum Zuge und erfahren etwas Entlastung.

Durch die Krise sind Frauen auch als Soloselbstständige und Freiberuflerinnen (mehr als 80 Prozent der Gründungen) betroffen. Hier sind Soforthilfen erforderlich, die auch den Lebensunterhalt erfassen, so wie andere Bundesländer, wie zum Beispiel Berlin, ihre Programme gleich inklusive Lebensunterhalt aufgelegt haben.

Viele altbekannte Probleme!

Sehr früh reagierte das Sozialministerium auf die befürchtete Zunahme von Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen. Die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“ beim Landespräventionsrat hat gemeinsam mit diesem Ministerium eine Kampagne gestartet, um Gewalt in der Nachbarschaft zu erkennen und zu verhindern. Flyer und Poster fragen „Hast du das auch gehört?“ und geben Tipps, was im Fall der Fälle zu tun ist. Diese Materialien gehören in jeden Supermarkt – dort können sie Frauen beim Einkaufen lesen. Und lernen wir doch auch von anderen Ländern: In französischen Supermärkten gibt es Beratungsräume für Opfer häuslicher Gewalt!

Dass Frauenhäuser oft kaum noch Kapazitäten haben, wissen wir aus jahrelanger Erfahrung. Häufig bleiben Betroffene mit ihren Kindern zu lange im Frauenhaus, weil bezahlbarer Wohnraum fehlt. Einige Kommunen haben reagiert und jetzt zusätzliche Betten bereitgestellt. Aktuell berichten Beratungsstellen über wachsenden Beratungsbedarf. Noch ist die Befürchtung nicht eingetreten, dass mehr Frauen vor häuslicher Gewalt Zuflucht suchen. Aber wir sind auch noch „mittendrin“ und nicht am Ende der Pandemie.

Ungewollte Schwangerschaften sind ebenfalls problematischer als sonst. Die gesetzlich vorgeschriebene Beratung muss so erfolgen, dass andere mit der Betroffenen im Haushalt lebende Personen davon nichts erfahren. Schwangerschaftsabbrüche können nicht auf später verschoben werden. Wie aber halten es die Kliniken damit, die Operationen absagen, um Betten für mögliche Corona-Patient*innen bereit zu halten? Hinzu kommt: Immer weniger Ärzt*innen nehmen Abbrüche vor. Dazu beigetragen haben die Strafverfahren gegen Ärztinnen, die auf ihrer Homepage über die Art und Weise der Abbrüche informierten. Das macht noch einmal deutlich: Die Paragraphen 218 und 219 müssen ersatzlos gestrichen werden.

In der aktuellen Krise verfestigen sich auch traditionelle Rollenbilder beispielsweise durch zusätzliche Betreuungs- und Careaufgaben zu Hause. Schon vor Covid 19 leisteten Frauen durchschnittlich 1,5 Stunden täglich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Dies hat gravierende Folgen für ihre Erwerbstätigkeit und eigenständige Existenzsicherung.

Und nach der Pandemie?

Der LFRN erwartet, dass Beschäftigte in den so genannten Frauenberufen endlich angemessen bezahlt werden – nicht nur im Gesundheitssystem, sondern auch im Einzelhandel und anderen typischen Berufsfeldern. Wir erwarten, dass finanzielle Hilfen nicht zur Erhöhung der Dividenden von Konzernen genutzt werden, sondern zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für eine Verbesserung des Gesundheits- und Umweltschutzes. Über die Pandemie dürfen wir nicht unsere Umweltprobleme vergessen. Der Klimawandel steht nicht still.

LFRN Mitgliedsverbände

vielfältig – vielseitig – viele



Ausgezeichnetes Engagement: Empfang des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil für die Frauenverbände, 2018.

Foto: Erika Ehlerding

Wenn sich am 23. Mai 2020 das Gründungsdatum des LFRN zum 50. Mal jährt, sind aktuell 63 Frauenverbände und Frauengruppen aus ganz Niedersachsen unter seinem Dach organisiert. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Verwirklichung des in Artikel 3 Grundgesetz verankerten Gleichheits- und Gleichberechtigungsgebotes sowie die Stärkung des Einflusses der Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die Bündelung der spezifischen Interessen von Frauen für Frauen, die vielfältigen Kompetenzen und Angebote seiner Mitgliedsverbände ist der LFRN die starke Lobby für Frauenrechte in Niedersachsen.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden feiern wir 50 Jahre erfolgreiche Frauen- und Gleichstellungspolitik: Im Jubiläumsjahr erzählen wir Geschichte und Geschichten, streiten für Feminismus und dokumentieren Frauenengagement in Niedersachsen. Wir stellen Kampagnen und Aktionen vor, machen weibliche Vorbilder fürs Ehrenamt sichtbar und richten den Spot auf unsere Mitgliedsverbände – die Reihe LFRN 5.0 mit elf Best-Practice-Beispielen ist auch online auf der Website www.landesfrauenrat-nds.de zu finden. Eines der Best-Practice-Beispiele stellt die gemeinsame Initiative für ein Paritätsgesetz in Niedersachsen in den Mittelpunkt – eine schier nicht enden wollende Debatte.

Berufsverbände

Arbeitsgemeinschaft der Berufstätigen Frauen in der CDA in Niedersachsen • Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. • Bundesverband Sekretariat und Büromanagement e.V. Regionalgruppe Hannover • Business and Professional Woman Germany e.V. Club Hannover • Dachverband für Technologen/-innen und Analytiker/-innen in der Medizin Deutschland e. V. Landesvertretung Niedersachsen • Deutscher Ärztinnenbund e. V. Regionalgruppe Hannover • Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Landesverband Niedersachsen • Deutscher Ingenieurinnenbund e.V. Regionalgruppe Hannover • Deutscher Juristinnenbund Landesverband Niedersachsen • DHB Netzwerk Haushalt Berufsverband der Haushaltsführenden Landesverband Oldenburg e.V. • Frauen im Management e.V. Regionalgruppe Hannover • FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte • Hebammenverband Niedersachsen e. V. • Landesverband hauswirtschaftlicher Berufe MdH Niedersachsen e.V. • Landesverband Unternehmerfrauen im Handwerk Niedersachsen e.V. • LandFrauenverband Weser-Ems e.V. • NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion Landesfrauenvertretung • Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e.V. • Nika e.V. Niedersächsisches Karrierenetzwerk für Frauen im öffentlichen Dienst • Reifensteiner Verband e.V. • Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. Landesverband Niedersachsen • Verband medizinischer Fachberufe e.V. Landesverband Nord • Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. Landesverband Niedersachsen

Best Practice

Beharrliches Fragen für Frauen in Führung

Mitte Mai 2019: 59. ordentliche Hauptversammlung des VW-Konzerns. Dieselskandal, Elektroautos, Digitalisierung – und unbequeme Fragen zu den Zielquoten für den Frauenanteil in Führungspositionen. Die Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen sei ein wichtiger Schritt zu mehr Vielfalt für die Belegschaft und trage zum zukunftsorientierten Wandel der Unternehmenskultur bei, lautet eine Antwort. Eine andere: In der Produktentwicklung seien Ingenieurinnen in Führungspositionen vertreten, diese Frauen hätten gute Chancen, ins Management befördert zu werden.



Foto: pixabay

Die Erfahrung von Ingenieurinnen ist jedoch eine andere. Eine Insiderin erzählt: „Unter den Ingenieuren sind mittlerweile 20 Prozent Absolventinnen, aber sie kommen bei Unternehmen wie VW nicht an. Das überwiegend männlich-konservative Management hat eine Schere im Kopf, dass Frau und Ingenieur nicht geht und verhält sich entsprechend. Wir brauchen dringend einen Kulturwandel in diesen Unternehmen. Und wir brauchen gemischte Teams, denn sie können anstehende Probleme besser lösen und Krisen besser bewältigen.“

„Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ heißt das Projekt, das der Juristinnenbund (djB) 2009 ins Leben gerufen hat. Seitdem haben Mitfrauen auch von kooperierenden

Organisationen – Ingenieurinnenbund (dib), Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) – an 500 Hauptversammlungen von börsennotierten Unternehmen teilgenommen. Ihr Ziel: Zahlen zusammentragen, Transparenz schaffen, öffentlichen Druck für mehr Frauen in Aufsichtsräten und mehr Frauen in Führung erzeugen. Dieses beharrliche Engagement hat entscheidend die gesetzlichen Regelungen zur Frauenförderung in der Wirtschaft und die 30-Prozent-Quote für Aufsichtsräte mit vorbereitet. Diese Quote ist inzwischen weitgehend erreicht, während die Vorstände männerdominiert bleiben. Der LFRN fordert in einer Resolution vom März 2019 deshalb die paritätische Besetzung von Frauen und Männern in Führungsfunktionen in der Wirtschaft, der Verwaltung und anderen Bereichen.

www.djb.de/themen/Projekte/ | www.dibev.de | www.fidar.de

Best Practice

Flächendeckende Geburtshilfe sichern

Foto: Hebammenverband Niedersachsen



Die Unterstützung für Mutter und Kind in der Schwangerschaft, bei der Geburt und in der Zeit nach der Entbindung ist von großer Bedeutung. Deshalb hat jede Frau einen Anspruch auf die Hilfe einer Hebamme. Andererseits ist es gerade im ländlichen Bereich immer

schwieriger, diese Hilfe zu bekommen. So warnt der Deutsche Hebammenverband vor einer möglichen Unterversorgung und fordert eine Stärkung der Geburtshilfe. Auch in Niedersachsen drohen Versorgungsengpässe und wurden schon so genannte Hebammenzentralen (Emsland, Hannover, Leer, Oldenburg, Friesland) eingerichtet, die eine Vermittlung von freien Hebammen an Schwangere optimieren sollen.

Die Position des LFRN dazu ist glasklar: Frauen steht eine optimale und würdevolle Gesundheitsversorgung zu. Die Geburtshilfe muss in der Nähe erreichbar sein. Deshalb fordert der Landesfrauenrat schon seit mehreren Jahren eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen. Und er ging noch einen Schritt weiter: Anfang 2018 gründete der LFRN mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten und dem Hebammenverband das Bündnis „Gesundheit rund um die Geburt in Niedersachsen“. Zentrale Forderungen sind die Entwicklung eines landesweiten Aktionsplans und die Umsetzung der EU-Richtlinie, die eine Akademisierung der Hebammenausbildung vorsieht. Das wichtige Thema hat auch das Projekt „Gleichstellung sichtbar machen – CEDAW in Niedersachsen“ aufgegriffen: Am Modellstandort Aurich/Ostfriesland steht die „Gesunde Geburt auf dem Land“ im Fokus und damit die Versorgung von Schwangeren, Kindern und Familien im ländlichen Raum. Dem Bündnis sind inzwischen die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V., die Stiftung „Eine Chance für Kinder“, die Elterninitiative Mother Hood und mehrere Wohlfahrts- und Sozialverbände beigetreten.

www.hebammen-niedersachsen.de

Best Practice

Frauenpower im ländlichen Raum

Foto: NLV



„Wir wollen Frauen stärken. Sie sollen ihre Potenziale voll ausschöpfen können und sich nicht verunsichern lassen“, betont Ann-Christin Schulze. „Wir Frauen müssen Mut haben, uns auf ein Terrain zu begeben, welches Männer gern für sich beanspruchen. Und das sind vor allem Führungspositionen im Beruf und in den Verbänden.“ Schulze koordiniert das Projekt „Er-folg

wird weiblich“ des LandFrauenverbandes Niedersachsen. Workshops und Thementage wollen Frauen im ländlichen Raum für die Herausforderung „Führung“ in männlich dominierten Strukturen fit machen. „Unsere Zielgruppe sind Frauen in beruflichen oder verbandlichen Führungspositionen und Frauen, die solche anstreben. Sie müssen keine Landfrauen sein, aber in den ländlichen Räumen Niedersachsens von Cuxhaven bis Hannoversch Münden zu Hause sein“, erläutert die Projektkoordinatorin.

Frauen leisten schon einen hohen Beitrag für die gute Lebensqualität auf dem Lande. Doch Rollenzuschreibungen und andere geschlechtsspezifische Barrieren schränken ihre Teilhabe noch ein. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen liegen oftmals brach. Welche Chancen bieten die ländlichen Räume den Frauen? Was braucht es, damit sie sich mit Beruf, Einkommen, Familie und gesellschaftlichem Engagement verwirklichen können? Die modulare Schulungsreihe, die von einer professionellen Trainerin durchgeführt wird, greift Erwartungen an und von Frauen auf. Typisch männliche und typisch weibliche Eigenschaften, Machtkultur und Kommunikationsverhalten, Körpersprache und Machtsymbole werden ebenso reflektiert wie der Mut zum Neinsagen und die Kunst des Delegierens, das Zulassen von Fehlern und der Umgang mit Angriffen. Die Vorstandsmitglieder des LandFrauenverbandes bringen eigene Erfahrungen in die Projekttreffen mit ein. Daran haben bisher 229 Frauen teilgenommen, und die Nachfrage ist ungebrochen. Noch bis 2020 fördert das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung das Projekt „Er-folg wird weiblich!“.

www.landfrauen-nlv.de/projekte

Best Practice

Bedeutungslos oder systemrelevant? Vor allem selbstbestimmt!

„Ich will nicht nur von Politikern vertreten werden, ich will mich selbst vertreten.“ Das ist das selbstbewusste Credo der gelernten Kinderkrankenschwester Christa Röder. Deshalb hat sie Anfang der 1980er Jahre mit ihren Mitstreiterinnen zunächst den Arbeitskreis Kinderkrankenpflege und später den Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland (BeKD) e.V. gegründet. Er steht für eine profes-



Foto: Nurses for future

sionelle Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und setzt sich auf allen Ebenen für eine qualitätsorientierte und entwicklungsfördernde pflegerische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ein. Die Vernetzung mit anderen Berufsverbänden und Frauenorganisationen im LFRN war Christa Röder von Anfang an wichtig. „Nur gemeinsam mit allen haben wir die Chance, die Rahmenbedingungen für so genannte typische Frauenberufe zu ändern. Sonst werden Frauen gern überhört“, sagt sie. „Der Landesfrauenrat war ein Sprungbrett für uns. Hier können wir anderen Verbänden unsere Probleme mit fachlicher Kompetenz näherbringen. Mehrere Resolutionen zum Thema Pflege brachten uns Anerkennung und Selbstbestimmung.“

Auf Gemeinsamkeiten und Solidarität setzt ihr Verband auch im Zusammenwirken mit anderen Pflegeberufen. So ist der BeKD von der Pflegekammer für Niedersachsen überzeugt. „Wir haben über Jahrzehnte Selbstbestimmung eingefordert und die Pflegekammer ist ein Instrument der Selbstbestimmung. Es gab Startschwierigkeiten und leider auch viel Unkenntnis. Bisher wurden Pflegekräfte eher nicht um Stellungnahme gebeten, wenn es um Pflege Themen ging. Mit der Pflegekammer sind wir jetzt präsent und können uns laut zu Wort melden.“

Und 2020? COVID-19! Von heute auf morgen stehen urplötzlich und mit nie dagewesener Aufmerksamkeit Pflegekräfte im Rampenlicht. In diesem Frühjahr legt das Coronavirus das gesellschaftliche Leben lahm. Während Straßen leergefegt sind, machen Pflegekräfte einen hochriskanten Job bei mäßiger Bezahlung. Und: In den Berufsgruppen, die existenzielle Lebensbereiche umfassen, ist der Frauenanteil hoch. Laut Statistischem Bundesamt arbeiten hierzulande 3,5 Millionen Frauen und 1,1 Millionen Männer im gerade stark geforderten Gesundheits- und Sozialwesen, 76 Prozent der Beschäftigten in Krankenhäusern sind Frauen. Schlagartig wird bewusst: Die Pflege ist systemrelevant. Und es sind die Frauen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Christa Röder und ihre Mitstreiterinnen setzen darauf, dass die Menschen nicht vergessen, was sie in diesen Tagen für uns alle leisten. „Die Wertschätzung der Pflegefachkräfte darf nicht nur verbal Erwähnung finden. Jetzt ist die Zeit, über Veränderungen zu verhandeln“, meint sie. Die Rahmenbedingungen, wie der Stellenschlüssel, verlässliche Arbeitszeiten und die Arbeitsplatzgestaltung, und nicht zuletzt eine einheitliche tarifliche Vergütung müssten sich endlich verbessern. „In der Corona-Krise sehen wir wie schnell finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Eine angemessene Bezahlung der Pflegefachkräfte war trotz aller Forderungen in den letzten Jahren nicht möglich. Bitte in den Talk Shows nicht nur reden, sondern auch danach handeln!“

www.bekd.de

Konfessionell gebundene Verbände

Arbeitsgemeinschaft Sozialdienst Katholischer Frauen Niedersachsen • Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. Landesverband Niedersachsen • Donum Vitae Landesverband Niedersachsen e.V. • Evangelische Frauenhilfe Landesverband Braunschweig e.V. • Evangelisches Dorfhelferinnenwerk Niedersachsen e.V. • Jüdischer Frauenverein im Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen • Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen • Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Hildesheim • Konvent evangelischer Theologinnen in der ev.-luth. Landeskirche Hannovers • Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Frauen- und Gleichstellungsarbeit in der Konföderation Ev. Kirchen in Niedersachsen • Women's International Zionist Organisation WIZO Gruppe Hellen Hannover e.V.

Best Practice

Purpurkreuz für Gleichberechtigung in der Kirche

Foto: KFD



Die katholischen Frauen sind mit ihrer Geduld am Ende. Die fehlende Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist eine klaffende Gerechtigkeitslücke und ein strukturelles Problem im „Machtssystem Kirche“. Nicht zuletzt der Missbrauchsskandal und der Umgang der Kirche damit fordern die Gläubigen heraus. So erlebt

auch die Katholische Frauengemeinschaft (kfd) bewegende Zeiten. Der Verband, der auch dem Landesfrauenrat angehört, fordert tiefgreifende Reformen für die katholische Kirche. „Im Kern geht es um eine echte strukturelle Erneuerung. Und es geht um die Gleichberechtigung von Frauen und ihre Zulassung zu allen Diensten und Ämtern“, erklärt Ursula Kemna, kfd-Vorsitzende des Diözesanverbandes Osnabrück. Und weil das so eminent wichtig ist, spricht sie vom 21. Juni 2019 als „historischem Moment“ für die kfd. An diesem Tag haben die 92 Delegierten aller Diözesanverbände in der Bundesversammlung einstimmig das Positionspapier „Gleich und berechtigt – Zulassung von Frauen zu allen Diensten und Ämtern in der katholischen Kirche“ beschlossen. Das Symbol für diese Forderung ist das Purpurkreuz.

Tatsächlich fordern katholische Laienorganisationen schon lange, das Diakonat für Frauen einzuführen. Bewegt hat sich jedoch wenig. Und so geht die kfd einen Schritt weiter: Eine Kirche, die in der heutigen Zeit zu wichtigen Fragen und Themen gehört werden und glaubwürdig sein will, muss Geschlechtergerechtigkeit vorleben. So könne eine wirkliche Erneuerung der Kirche nur gelingen, „wenn Frauen alle Dienste und Ämter in der Kirche offenstehen“, heißt es in dem verabschiedeten Papier. Die Positionen stehen für den Willen und die Zuversicht der Frauen, endlich gleichberechtigt Kirche zu gestalten und zu führen, so die kfd, die weiter mit Gegenwind rechnet. Die Aktiven wollen sich aber der Diskussion stellen und Aktionen organisieren, um ihr Ziel, die volle Gleichberechtigung von Frauen in der Kirche, zu erreichen.

Brandaktuell ist die Unterschriftenaktion „JA zur geschlechtergerechten Kirche!“. Gemeinsam mit der Aktion „Maria, schweige nicht!“ des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) wurden insgesamt 131.215 Unterschriften gesammelt. Diese wurden zum Auftakt der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 2. März 2020 in Mainz überreicht. „Wir sind begeistert vom Erfolg dieser Aktion. Uns war bewusst, dass vielen Frauen und auch Männern der Wunsch nach einer Erneuerung der Kirche unter den Nägeln brennt. Er bestärkt uns in unserem Tun, und jetzt werden wir erst recht nicht lockerlassen“, freute sich die kfd-Bundesvorsitzende Mechthild Heil über das großartige Ergebnis.

www.kfd-os.de | www.kfd-bundesverband.de/purpurkreuz
www.frauenbund.de/themen-und-projekte

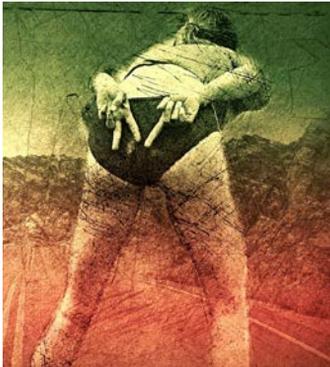
Bildung, Kultur, Sport

Deutscher Verband Frau und Kultur Gruppe Hannover • GEDOK Niedersachsen Hannover • Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e.V. • LandesSportBund Niedersachsen e.V. • Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.

Best Practice

Vielfalt im Sport: Alles gut?

Foto: pixabay



Warum heißt es „Frauenfußball“? Und warum dürfen Männer nicht an Wettbewerben im Synchronschwimmen teilnehmen? Sind queere Sportvereine wie der SLS Leinebagger Hannover wirklich nötig? Und fördert der Harry-Potter-Sport Quidditch tatsächlich die Geschlechtervielfalt? Vier spannende Fragen, die das Selbstverständnis des Sports als traditionelles System berühren, in dem es um Körpernormen und Klassifizierung geht. Frau oder Mann, mit oder ohne Handicap und dazwischen gibt es nichts. Oder etwa doch?

Die Option für ein drittes Geschlecht „divers“ im Geburtenregister ist eine Herausforderung für alle Sportler*innen und Funktionär*innen. Die aktuelle Diskussion über Vielfalt im Sport ist aber mehr als die Frage der Anzahl geschlechtlicher Kategorien. Stereotype Vorstellungen und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sind ebenso zu thematisieren wie Körpernormierungen zu problematisieren und Pathologisierungen zu vermeiden. Im Kern geht es darum, die Selbstbestimmung der Sporttreibenden zu wahren. So lauten Empfehlungen nach einem ersten Akademiegespräch des Landessportbundes (LSB) zum Thema „Geschlechtervielfalt: Chancen und Risiken für den Sport“.

Ifrn 5.0

Ganz konkret wird das Problem, wenn ein Transmann fragt: Wo kann ich mein Sportabzeichen machen? Oder: Wie ist das mit dem Duschen bei Euch? „Gefühlt handelt es sich nur um Einzelfälle, die individuelle Lösungen einfordern. Trotzdem müssen wir Position beziehen“, betont Ela Windels, die für den LSB die Arbeit im Bereich Gleichstellung verantwortet und Delegierte beim LFRN ist. „Wir müssen die sprachliche Sensibilität schärfen und über korrekte Ansprache diskutieren, ebenso wie über die Anzahl von Duschräumen in den Sportanlagen“, erläutert sie. Das Thema soll weder belächelt noch ausgeklammert werden nach dem Motto „Wir haben hier andere Sorgen“. Ela Windels: „Wir wollen bei den Verantwortlichen die Perspektive erweitern. Ziel ist, dass der Sport ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche die Scheu verliert, diese Probleme zu benennen und zu diskutieren. Dazu muss ein Umdenken in unseren Köpfen stattfinden.“

Auch der LFRN hat die Zeichen der Zeit erkannt und veranstaltete in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 2019 die Fachtagung „Geschlechtervielfalt“. Der LFRN-Mitgliedsverband Lesbisch in Niedersachsen (LiN) hat die Tagung fachlich vorbereitet.

www.lsb-niedersachsen.de/themen/grundsatzfragen/lsb-gleichstellung
www.q-nn.de/lin-lesbisch-in-niedersachsen
www.landesfrauenrat-nds.de/infos-und-downloads

Parteien, Gewerkschaften, politisch tätige Organisationen

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Landesverband Niedersachsen •
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirksfrauenausschuss Niedersachsen •
Frauengruppe des Niedersächsischen Integrationsrates • Frauenrat im Landkreis
Cuxhaven e.V. • Frauen Union der CDU in Niedersachsen • LAG Frauen Bündnis
90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen • Landesrat LINKE Frauen in Die
Linke Niedersachsen • Liberale Frauen Niedersachsen • Verein zur Förderung der
Frauenpolitik in Niedersachsen e.V.

Best Practice

Erfolgsgeschichte ver.di-Frauenmindestquote

von Hannelore Buls

Foto: ver.di



Frauen- und
Gleichstellungs-
politik



Die Vereinte Dienstleistungs-Gewerkschaft ver.di kämpft für Gleichstellung und Entgeltgleichheit für Frauen in den Betrieben. Der Frauenanteil bei ver.di-Mitgliedern beträgt

bundesweit 52, in Niedersachsen 53 Prozent, mit einigen Unterschieden in den jeweiligen Dienstleistungsbranchen. Als eine der wenigen Großorganisationen ist ver.di mit ihrer

verbindlichen Frauenmindestquote in den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bereichen erfolgreich.

Satzungsgemäß seit ver.di-Gründung 2001 sind Frauen auf allen Ebenen und in allen Gremien mindestens mit ihrem jeweiligen Anteil vertreten. Entscheidend ist das Endergebnis des jeweiligen Gremiums. Dabei spielt das Wörtchen „mindestens“ eine große Rolle. Wenn beispielsweise bei einem hälftigen Frauenanteil ein ehrenamtlicher Landes- oder Fachbereichs-Vorstand mit drei Personen zu wählen ist, bedeutet die Frauenmindestquote, dass zwei Plätze – also mindestens 50 Prozent – in diesem Leitungsgremium mit Frauen zu besetzen sind. Rechtzeitig vor Wahlen oder Gremienbesetzungen wird ein Verteilungsplan für die entsendenden Stellen erstellt: Bereich X weiß, dass eine Frau zu nominieren ist, Bereich Y nominiert einen Mann. Die Planung erfolgt rechtzeitig, so dass auch regionale und fachliche Aspekte berücksichtigt werden können. Gibt es Hinderungsgründe, gleichgültig welcher Art, können die Bereiche die zugeordnete Verteilung tauschen. In der Regel funktioniert das gut, setzt aber eine gute interne Kommunikation voraus. Die Einhaltung der Frauenmindestquote ist verbindlich. Begründete Ausnahmen müssen vom Bundesvorstand genehmigt werden. Für die Bereiche mit sehr hohem Frauenanteil, beispielsweise das Gesundheitswesen, oder bei sehr hohem Männeranteil, beispielsweise Entsorgungsbetriebe, gilt ein Minderheitenschutz für das geringer vertretene Geschlecht.

Die Umsetzung der Frauenmindestquote benötigte in den ersten Jahren einige Übung. Es gab auch zahlreiche, uns allen bekannte Widerstände und Ausreden. Aber es geht, das wissen die ver.di-Frauen heute. Man muss es allerdings wollen und vor allem verbindlich machen. Auch im hauptamtlichen Bereich gilt die Frauen-Mindestquote. Bei den Leitungsfunktionen wurde sie gut erkennbar umgesetzt. Bei den ver.di-Beschäftigten ist die Umsetzung schwieriger, denn die vorhandenen Angestellten sollten ja nicht ihren Arbeitsplatz verlieren. Hier wurde mit Frauenförderung auf den beruflichen Nachwuchs gesetzt.

www.verdi.de

Best Practice

Von Halbe/Halbe zum Paritätsgesetz

Foto: Nicole Kütpe



„Die Zeit der Selbstverpflichtungen und Ankündigungen ist vorbei. Wir wollen die Hälfte der Sitze! Wir wollen die Hälfte der Macht!“ Vor nunmehr fünf Jahren hat der LFRN diese Provokation mit der Online-Petition „Halbe/Halbe in Rat und Kreistag: Ändern Sie das Wahlgesetz!“ auf der öffentlichen Agenda forciert. Nicht nur damit war er eine der ersten Frauenorganisationen, die offensiv ein Paritätsgesetz gefordert

haben. Bereits 2012 hatte eine übergroße Mehrheit der Mitgliedsverbände für die erste streitbare Resolution „Paritätische Vertretung mit Frauen und Männern in den Kommunalparla-

Ifrn 5.0

menten, im Landtag und im Bundestag“ votiert. Schon damals ging es um eine Reform der Wahlgesetze in Niedersachsen. Das Ziel: Wahllisten abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen und in den Wahlkreisen Frauen und Männer zu jeweils 50 Prozent aufzustellen.

Der Frauenanteil an den Schaltstellen der Macht gilt als Gradmesser für die Gleichstellung der Geschlechter, und zwar auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Doch die Zahl der Mandatsträgerinnen in der Politik dümpelt vor sich hin. Nach Jahren der Stagnation sinkt gar der Frauenanteil bei den Abgeordneten in Bund und Land. Vor allem in der Kommunalpolitik sind Ratsfrauen stark unterrepräsentiert: Bei der niedersächsischen Kommunalwahl 2016 haben Frauen in den Kreistagen und kreisfreien Städten im Schnitt 26,5 Prozent der Sitze errungen, in den Stadt- und Gemeinderäten 23,5 Prozent. Das ist viel zu wenig, um dem Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes auch nur nahe zu kommen.

Appelle der Konferenz der Landesfrauenräte, Aktionen in den Bundesländern und schließlich auch des Deutschen Frauenrates haben anlässlich „100 Jahre Frauenwahlrecht“ Vorschläge für Wahlrechtsreformen in die Parlamente getragen. Im Zentrum der Forderungen steht das passive Wahlrecht von Frauen. Ziel ist, die tatsächliche Chancengleichheit von Kandidatinnen her zu stellen. Aktuell haben Frauen in Parteien, die entweder keine oder nur wenig verpflichtende Regelungen zur Frauenförderung haben, die geringsten Chancen auf ein Wahlmandat. „Die Parteien haben in unserer Demokratie eine Verantwortung, nicht nur um Wählerinnen zu werben, sondern auch um Kandidatinnen. Gesetzliche Maßnahmen, die dafür sorgen, sind möglich und angesichts der Situation auch nötig“, betont Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djbb).

Und dann kam der 31.01.2019

An diesem Tag beschloss der Brandenburger Landtag über Fraktionsgrenzen hinweg die verpflichtende paritätische Besetzung von Landeslisten zu den Landtagswahlen ab 2024. „Es geht nicht um ein Frauenthema, sondern um das Ganze. Ich spreche nicht von einer Quote, sondern von Demokratie. Frauen haben Anspruch auf die Hälfte der Macht – ohne sie ist kein Staat zu machen“, erklärte die damalige Landtagspräsidentin Britta Stark (SPD). Dem folgend beschloss die rot-rot-grüne Koalition im Thüringer Landtag am 5. Juli 2019 ein vergleichbares Paritätsgesetz, das allerdings unmissverständlich Sanktionen vorsieht: Die Wahlliste wird ab dem Platz zurückgewiesen, ab dem die paritätische Besetzung durchbrochen wird. Gegen beide Gesetze gibt es auch Bedenken, bei den Landesverfassungsgerichten ist Beschwerde eingereicht. Das Thüringer Gesetz ist nach der wochenlangen Regierungskrise rund um die Wahl von Ministerpräsident Ramelow vorerst ausgebremselt: Bei der geplanten Neuwahl im April 2021 soll es noch nicht gelten.

Und Niedersachsen?

Seit der Online-Petition des LFRN hat sich eine breite Front der Unterstützerinnen und Unterstützer für ein Paritätsgesetz formiert. Potentiellen Kandidatinnen steht das landesweite Mentoring-Programm „Politik braucht Frauen!“ offen. Das große Interesse daran zeigt, dass Frauen aktiv politische Entscheidungsprozesse beeinflussen wollen. Der Großen Ko-

alition im Landtag dämmert längst, dass es kein Erkenntnisproblem, sondern vielmehr ein Umsetzungsproblem gibt. „Ohne eine klare gesetzliche Regel wird man nichts daran ändern können, dass die größte Bevölkerungsgruppe, die Frauen, in den Parlamenten nur als Minderheit repräsentiert ist“, so Ministerpräsident Stephan Weil zu Jahresbeginn bei einer SPD-Konferenz. Geht es nach seiner Partei, sind alle Landeslisten – wie in den bestehenden Paritätsgesetzen – nach dem „Reißverschlussverfahren“ aufzustellen. Sie will dabei nicht stehen bleiben und auch eine Regelung für die Direktmandate in den Wahlkreisen treffen. Allerdings zieht die mitregierende CDU weder im Bund noch in den Ländern mit. So könnte das Paritätsgesetz Niedersachsen zum Wahlkampfschlager werden.

Aktuell geht es der Debatte über ein Paritätsgesetz aber wie vielen anderen politisch drängenden Themen auch: Sie werden aus gutem Grund durch den Handlungsdruck wegen des Coronarisikos zurückgedrängt. Der LFRN und seine Mitgliedsverbände werden darauf acht geben, dass „Halbe/Halbe“ auf der Agenda bleibt. Wann, wenn nicht jetzt wird deutlich, welche Leistungen Frauen tagtäglich vollbringen. Jüngst fragte das „Forbes“-Magazin: „Managen weibliche Regierungschefinnen die Corona-Pandemie besser?“ Denn Länder wie Deutschland, Neuseeland, Finnland, Dänemark, Island oder Taiwan kommen ausgesprochen gut durch die Coronakrise und: Sie werden von Frauen regiert.

Selbsthilfeorganisationen, Sozialverbände, Serviceclubs

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Niedersachsen e.V. • Frauenräume in Celle e.V. • Frauenzentrum Frauen(t)räume Gifhorn e.V. • LiN – Lesbisch in Niedersachsen • Soroptimist International Clubs in Niedersachsen • SoVD Sozialverband Deutschland Landesverband Niedersachsen e.V. • Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Niedersachsen e.V. • Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Niedersachsen • ZONTA International Niedersächsische Clubs

Best Practice

Traditionsreicher Sozialverband: 100 Jahre Frauen im SoVD

Foto: SoVD Niedersachsen



Blick in die Geschichte: Vor hundert Jahren, am 15. Januar 1919, gab der „Reichsbund der Kriegswitwen und Kriegswaisen aufnehmen zu wollen. Frauen in einem Interessenverband? Das glich damals einem revolutionären Akt und steht für eine fortschrittliche Organisation bis heute. Aus dem Reichsbund ist der Sozialverband Deutschland (SoVD) geworden,

der sich konsequent für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzt und dabei manch Erfolg für sich verbuchen kann. So haben die Kreis- und Ortsverbände des SoVD Niedersachsen landauf landab 100.000 Unterschriften für die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Altersversorgung, die so genannte Mütterrente, gesammelt. Ein Einsatz, der sich gelohnt hat und den Rentnerinnen jetzt im Portemonnaie merken.

100 Jahre Frauen im SoVD – das sind 100 Jahre starker Einsatz für gleiche Chancen. So setzte das ganz besondere Jubiläum mit dem Festakt im Niedersächsischen Landtag und vielen Veranstaltungen der Frauengruppen und Ortsverbände 2019 Akzente. Der Jubiläumsfilm „100 Jahre Frauen im SoVD“, der über die Geschichte der Frauen in Deutschland und im SoVD berichtet und mutige Protagonistinnen einst und heute vorstellt, dient dabei als Klammer. „Uns ist wichtig, Frauengeschichte für die Generation nach uns festzuhalten“, berichtet Birgit Vahldiek, stellvertretende Abteilungsleiterin Sozialpolitik mit Schwerpunkt Frauen beim SoVD Niedersachsen. „Selten gelingt es, heute aktive Frauen mit Zeitzeuginnen zusammenzubringen, die viel für uns alle bewegt haben. Dazu gehören auch Frauen, die sich von ihren Müttern inspiriert im Verband engagieren und engagiert haben und so noch Erfahrungen der ersten SoVD-Frauengeneration weitergeben können“, erzählt sie weiter. „Zu Wort kommt zum Beispiel die erste weibliche Bundeschatzmeisterin, die sich erst mal in der männlichen Domäne zurechtfinden musste.“

Kostengünstig sei ein professioneller Film zwar nicht. Doch auch dieser Einsatz habe sich gelohnt. Er sei vielfach für Aktionen und Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen genutzt worden. „Wir haben sehr viele aktive Frauen in unseren Gliederungen. Sie haben sich sehr über den Film gefreut. Schließlich ist er auch ein Dankeschön für sie und ihre gute Arbeit vor Ort“, so Birgit Vahldiek. Klar, dass auch die erfolgreiche Unterschriftensammlung zur Mütterrente darin vorkommt: „Unsere Frauen haben das gut gemacht. Ohne sie hätten wir das nicht geschafft“, würdigt SoVD-Landesfrauensprecherin Roswitha Reiß das Engagement ihrer Mitstreiterinnen.

In Ergänzung zum Film wurden über das Jahr auch sechs Podcasts zur Frauengeschichte produziert. Die Hörbeiträge können als Einstieg für Diskussionsrunden dienen. Der SoVD plane damit an Schulen zu gehen und junge Menschen anzuregen, selbst einen Podcast zum Thema Gleichberechtigung zu machen, verrät Birgit Vahldiek. „Auch nach 100 Jahren werden wir in unserem Engagement für die Gleichberechtigt nicht nachlassen.“

www.sovd-nds.de/ueber-uns/unser-verbandsleben/ausschuesse/
www.sovd-nds.de/politik/frauen

Frauenhäuser und Beratungsstellen

Arbeitskreis Niedersächsischer Frauen- und Kinderschutzhäuser e.V. • KOBRA e.V. • LAG der autonomen Frauenhäuser Niedersachsen • Phönix e.V. • pro familia Landesverband Niedersachsen e.V. • Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt

Best Practice

Kampagnen: Selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt

Foto: LAG kommunalen Frauenbüros Niedersachsen



Tabus markieren, über was nicht gesprochen werden darf, und stehen dabei selbst außerhalb jeder Diskussion. Sie regulieren unser soziales Verhalten, sichern die gesellschaftliche Ordnung und lassen sich doch brechen. Darauf haben die bundesweiten Kampagnen „Der richtige Standpunkt

gegen Gewalt“ (2007/08) und „Nein heißt Nein“ (2015/16) gesetzt und damit das eigentlich tabuisierte Reden über Gewalt an Frauen möglich gemacht.

Viele betroffene Frauen schweigen, weil sie sich schämen oder nicht wissen, an wen sie sich wenden, wo sie Rat und Hilfe erfahren können. Die Standpunkte-Kampagne hat ihnen eine Stimme gegeben: Mehr als 3.000 Meinungen, Sprüche, Äußerungen – kurz: Standpunkte – gegen Gewalt sind bei 100 lokalen Aktionen zusammengekommen. Mit über 850 Standpunkten war Niedersachsen das Bundesland mit der größten Beteiligung. Jeder Standpunkt bekundet: Wir ächten Gewalt an Frauen! Die Kampagne war so erfolgreich, dass sie bis heute Nachahmer findet. So hat etwa das Gleichstellungsbüro Oldenburg über Jahre Statements aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gesammelt.

„Die Standpunkte haben dem Thema Gewalt an Frauen große öffentliche Aufmerksamkeit gebracht“, berichtet Petra Klecina vom Verbund der Niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen. „Auch die Kampagne ‚Nein heißt Nein‘ steht dafür, das Schweigen zu beenden. Klares Ziel war eine wirksame Reform des Sexualstrafrechts. Das haben wir mit Aktionen unzähliger Akteurinnen erreicht.“ Im Juli 2016 beschloss der Bundestag, den Grundsatz „Nein heißt Nein“ im Gesetz zu verankern. Damit ist ein sexueller Übergriff schon dann strafbar, wenn er gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt wird. „Das ist ein Paradigmenwechsel und ein klares Signal zur Ächtung von Gewalt. Der Gesetzgeber sendet ein positives Signal, dass er die Opfer ernst nimmt“, betont Klecina.

Abzuwarten bliebe, wie die Gerichte das neue Strafrecht nun zum Beispiel bei sexueller Belästigung durch Grapscher umsetzen. Betroffene fragten sich immer noch, was es für sie persönlich bedeute, in solch einem Fall Anzeige zu erstatten. „Die Ausgangslage hat sich positiv verändert, aber oftmals steht Aussage gegen Aussage und bleibt die Angst: Glaubst du mir überhaupt?“ so Petra Klecina, die beim Frauennotruf Hannover arbeitet. Und weiter: „Der gesellschaftliche Diskurs darüber muss weitergehen. Optimal wäre die Regelung ‚Nur Ja heißt Ja‘, wie sie das schwedische Sexualstrafrecht seit Sommer 2018 vorsieht.“

www.frauen-maedchen-beratung.de

Best Practice

Istanbul-Konvention: Gewalt als Menschenrechtsverletzung

„Die Menschenrechte haben kein Geschlecht.“ Mit dem letzten Satz ihres Essays „Der Frauen Natur und Recht“ hat Hedwig Dohm 1876 den Basissatz jeglicher Gleichberechtigung vorgegeben.



LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE
der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen
GEGEN GEWALT

Gleichwohl dauerte es über 100 Jahre bis zur UN-Frauenrechtskonvention, an die sich bis heute weitere Menschenrechtsverträge zur Sicherung von Frauenrechten anschließen. In diese Reihe gehört das „Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ des Europarats (2011), die so genannte Istanbul-Konvention, die am 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten ist. Sie verpflichtet dazu, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten, war der Anlass für die Reform des Sexualstrafrechts und verlangt überdies den Aufbau nachhaltiger Koordinierungs-, Implementierungs- und Monitoringstrukturen.

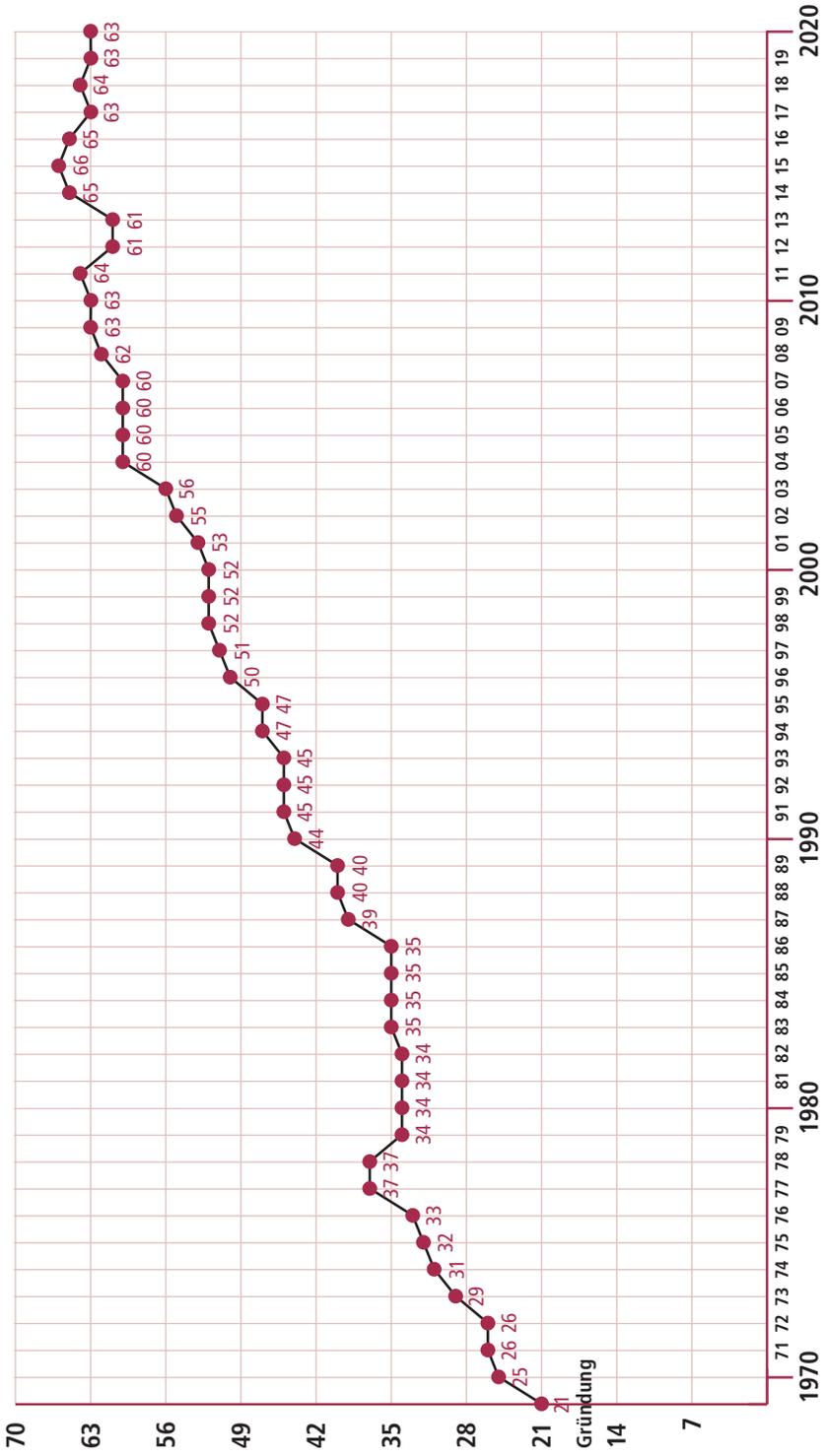
Niedersachsen hat Anfang 2020 als bundesweit erstes Flächenland die „Landeskoordinierungsstelle der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt“ als eines von drei Modellprojekten zur Umsetzung der Konvention eröffnet. Sie ist beim gleichnamigen Verbund angesiedelt, der sich seit vielen Jahren auch im LFRN für das Themenfeld engagiert. Die vier Mitarbeiterinnen sollen Vernetzung und Wissenstransfer zwischen den bestehenden Beratungsstellen, den verschiedenen Landesverbänden und der Fachpolitik organisieren. „Zuerst wollen wir mit den verschiedenen Akteurinnen Gespräche führen und eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Beratungsangebote machen, um damit einen Infopool auf unserer neuen Website zu füttern“, erzählen Lisa Schmitz und Jessica Lach, die sich die Leitung der neuen Landeskoordinierungsstelle teilen. „Wichtig ist, die Spezialisierungen der Beratungsstellen in der Fläche festzuhalten und das gesammelte Wissen aller zusammenzutragen. Wir haben uns auch vorgenommen, kleine Beratungsstellen zu entlasten, damit sie sich voll auf die Beratung konzentrieren können.“ Aktuell gebe es 120 Beratungsangebote zur Gewalt an Mädchen und Frauen und zu häuslicher Gewalt in Niedersachsen. Mögliche Lücken sollen im Dialog mit der Fachöffentlichkeit geschlossen werden.

Eine entscheidende Zielgruppe seien Frauen in Fachverbänden. „Wir werden sie bei ihrer Interessenvertretung unterstützen und mit der Politik vernetzen“, so die Rechtssoziologin Schmitz. Eine Beratung für Betroffene bietet das Team nicht an. Abgewiesen wird jedoch niemand. „Wir leiten Betroffene passgenau zu Angeboten in ihrer Nähe weiter. Ansprechbar sind wir aber in erster Linie für Personen, die in der Beratung tätig sind“, ergänzt die Sozialarbeiterin Lach.

Durch die Coronakrise steht auch die Koordinierungsstelle vor neuen Herausforderungen. Die Pläne für eine halbtägige Auftaktveranstaltung liegen vorerst auf Eis. An dem digitalen Info-Pool im Web und einer Datenbank arbeiten die Frauen weiter. Sie rechnen damit, dass die Zahlen der Fälle von Gewalt gegen Frauen steigen werden. Lach und Schmitz betonen daher: „Das Krisenmanagement darf häusliche und sexualisierte Gewalt nicht ignorieren. Die Expertise der Fachberatungsstellen und Frauenhäuser ist in alle Phasen der Krisenplanung mit einzubeziehen.“ Auch wenn das verabschiedete Gesetz zur Unterstützung der sozialen Dienstleister ein wichtiger Schritt sei, bräuchten Beratungsstellen und Frauenhäuser doch mehr finanzielle und personelle Ressourcen – jetzt und nach der Krise. Der LFRN flankiert diese Forderung mit einer eigenen Stellungnahme.

www.lks-niedersachsen.de (im Aufbau)

Mitgliederentwicklung 1970 – 2020



Frauenpolitisches Netzwerk

frauenORTE *Niedersachsen*

Standort	Name	Gründungsjahr
1 Verden	Anita Augspurg	2008
2 Hannover	Mary Wigman	2009
3 Braunschweig	Ricarda Huch	2010
4 Oldenburg	Helene Lange	2010
5 Celle	Eléonore d'Olbreuse	2010
6 Bad Pyrmont	Theanolte Bähnisch	2010
7 Rotenburg/Wümme	Helene Hartmeyer	2010
8 Hildesheim	Elise Bartels	2010
9 Obernkirchen	Agnes von Dincklage	2010
10 Leer	Wilhelmine Siefkes	2011
11 Göttingen	Dorothea Schlözer	2011
12 Helmstedt	Charlotte von Veltheim	2011
13 Hann. Münden	Herzogin Elisabeth	2011
14 Goslar	Katharina von Kardorff-Oheimb	2011
15 Krummhörn	Hermine Heusler-Edenhuizen	2012
16 Peine	Hertha Peters	2012
17 Nienburg/Weser	Susanna Abraham	2012
18 Ganderkeseesee	Dora Garbade	2013
19 Dannenberg	Eleonore Prochaska	2013
20 Bad Gandersheim	Roswitha von Gandersheim	2013
21 Bückeburg	Fürstin Juliane	2014
22 Lohne	Luzie Uptmoor	2014
23 Norden	Recha Freier	2014
24 Fischerhude/Achim	Cato Bontjes van Beek	2014
25 Wolfsburg	Sibylle von Schieszl	2015
26 Agathenburg	Maria Aurora von Königsmarck	2015
27 Cuxhaven	Greten Handorf	2015
28 Wolfenbüttel	Henriette Schrader-Breymann	2015
29 Emden	Antje Brons	2015
30 Jever	Maria von Jever	2016
31 Lüneburg	Elisabeth Maske	2016
32 Diepholz	Frieda Duensing	2017
33 Mariensee	Äbtissin Odilie von Ahlden	2017
34 Bevern	Paula Tobias	2017
35 Osnabrück	Cilli-Maria Kroneck-Salis	2018
36 Aurich	Ingrid Buck	2018
37 Delmenhorst	Ruth Müller	2018
38 Braunschweig	Minna Faßhauer	2018
39 Messingen	Mathilde Vaerting	2019
40 Haren	Schwester Kunigunde	2019
41 Nordenham	Emy Rogge	2019
42 Hannover	Ada Lessing	2019

Frauen im Vorstand

Funktion	Name	Verband
1970 Gründungsjahr		
1. Vorsitzende	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
Stellv. Vorsitzende	Dr. Hildegard Wilde	Club berufstätiger Frauen
Schriftführerin	Rosl Magnor	Verband weiblicher Angestellter
Stellv. Schriftführerin	Carola von Hake	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Schatzmeisterin	Gerda Landsberger	Deutscher Frauenring
Stellv. Schatzmeisterin	Anni Kraft	Deutscher Gewerkschaftsbund
Pressereferentin	Renate Frank	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
1. Beisitzerin	Gertrud Kappeller	Deutscher Evangelischer Frauenbund
2. Beisitzerin	Dr. Anita Garvens	Katholischer Deutscher Frauenbund
1971 – 1973		
1. Vorsitzende	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
2. Vorsitzende	Gerda Landsberger	Deutscher Frauenring
Schriftführerin	Elfriede Reichelt	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Stellv. Schriftführerin	Carola von Hake	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Schatzmeisterin	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Stellv. Schatzmeisterin	Anni Kraft	Deutscher Gewerkschaftsbund
Pressereferentin	Dr. Liselotte Weyer	Deutscher Ärztinnenbund
Beisitzerin	Dr. Anita Garvens	Katholischer Deutscher Frauenbund
Beisitzerin	Gertrud Kappeller	Deutscher Evangelischer Frauenbund
1973 – 1975		
1. Vorsitzende	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
2. Vorsitzende	Gerda Landsberger	Deutscher Frauenring
Schriftführerin	Monika Feise	Verein Katholischer Deutscher Lehrerinnen
Stellv. Schriftführerin	Gertrud Kappeller	Deutscher Evangelischer Frauenbund
Schatzmeisterin	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Stellv. Schatzmeisterin	Anni Kraft	Deutscher Gewerkschaftsbund (bis 1974)
Stellv. Schatzmeisterin	Irmgard Tiemann	Deutscher Gewerkschaftsbund (ab 1974)
Pressereferentin	Dr. Liselotte Weyer	Deutscher Ärztinnenbund
Beisitzerin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Elfriede Reichelt	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
1975 – 1977		
1. Vorsitzende	Ilsa Reinhardt	Evangelische Frauenarbeit
2. Vorsitzende	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
Schatzmeisterin	Brigitte Scheuermann	Deutscher Beamtenbund

Funktion	Name	Verband
Stellv. Schatzmeisterin	Ruth Grundmann	Reifensteiner Verband
Schriftführerin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Stellv. Schriftführerin	Irmgard Tiemann	Deutscher Gewerkschaftsbund
Pressereferentin	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Beisitzerin	Monika Feise	Verein Katholischer Deutscher Lehrerinnen
Beisitzerin	Dr. Liselotte Weyer	Deutscher Ärztinnenbund
1977 – 1979		
1. Vorsitzende	Ilsa Reinhardt	Evangelische Frauenarbeit
2. Vorsitzende	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
Schatzmeisterin	Brigitte Scheuermann	Deutscher Beamtenbund
Stellv. Schatzmeisterin	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Schriftführerin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Stellv. Schriftführerin	Renate Hartong	Katholische Frauengemeinschaft Deutschland
Pressereferentin	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Beisitzerin	Charlotte Hevekerl	Deutscher Frauenring (ab 1978)
Beisitzerin	Brigitte Rolirad	Deutsches Rotes Kreuz
Beisitzerin	Dr. Liselotte Weyer	Deutscher Ärztinnenbund (bis 1978)
1979 – 1981		
1. Vorsitzende	Brigitte Scheuermann	Deutscher Beamtenbund
2. Vorsitzende	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Schatzmeisterin	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Pressereferentin	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
Schriftführerin	Margot Klein	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Beisitzerin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Renate Hartong	Katholische Frauengemeinschaft Deutschland
Beisitzerin	Ilsa Reinhardt	Evangelische Frauenarbeit
Beisitzerin	Dr. Ursula Riechers	Deutscher Ärztinnenbund
1981 – 1983		
Vorsitzende	Brigitte Scheuermann	Deutscher Beamtenbund
2. Vorsitzende	Ruth Bock	Deutscher Hausfrauenbund
Schatzmeisterin	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Schriftführerin	Ruth Böhmken	Katholischer Deutscher Frauenbund
Stellv. Schriftführerin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Pressereferentin	Dr. Paula Maeder	Deutscher Akademikerinnenbund
Beisitzerin	Margot Klein	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Beisitzerin	Ilsa Reinhardt	Evangelische Frauenarbeit
Beisitzerin	Dr. Ursula Riechers	Deutscher Ärztinnenbund

Funktion	Name	Verband
1983 – 1985		
Vorsitzende	Dr. Anna-Paula Kruse	Landesverband der Clubs berufstätiger Frauen
2. Vorsitzende	Brigitte Scheuermann	Deutscher Beamtenbund
Schatzmeisterin	Anneliese Frahne	Landfrauenverband Weser-Ems
Stellv. Schatzmeisterin	Martha Ortmann	Frauenvereinigung der CDU
Schriftführerin	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Stellv. Schriftführerin	Ruth Böhmken	Katholischer Deutscher Frauenbund
Pressereferentin	Eva Fasching	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Beisitzerin	Doris Jänicke	Evangelische Frauenarbeit
Beisitzerin	Marlise Münchau	Deutscher Frauenring
1986 – 1987		
Vorsitzende	Antonia Wigbers	Deutscher Akademikerinnenbund
2. Vorsitzende	Ruth Böhmken	Katholischer Deutscher Frauenbund
Schatzmeisterin	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
Stellv. Schatzmeisterin	Martha Ortmann	Frauenvereinigung der CDU
Schriftführerin	Marlise Münchau	Deutscher Frauenring
Stellv. Schriftführerin	Doris Jänicke	Evangelische Frauenarbeit
Pressereferentin	Eva Fasching	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Beisitzerin	Gabriele Fürst	Women's International Zionist Organisation
Beisitzerin	Ursula Scheck	Landessportbund
1987 – 1990		
Vorsitzende	Sabine Dolezalek	Weltorganisation der Mütter aller Nationenn
Stellv. Vorsitzende	Ulrike Block	Evangelische Frauenarbeit
Schatzmeisterin	Vera Zimmer	Katholische Frauengemeinschaft Deutschland
Schriftführerin	Marlise Münchau	Deutscher Frauenring
Beisitzerin	Ruth Böhmken	Katholischer Deutscher Frauenbund
Beisitzerin	Eva Fasching	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Beisitzerin	Gabriele Fürst	Women's International Zionist Organisation
Beisitzerin	Hiltrud Harborth	Deutscher Frauenring
Beisitzerin	Hanna Matthies	Nds. Landfrauenverband Hannover e.V.
1990 – 1993		
Vorsitzende	Ulrike Block	Evangelische Frauenarbeit
Stellv. Vorsitzende	Hanna Matthies	Nds. Landfrauenverband Hannover e.V.
Schatzmeisterin	Vera Zimmer	Katholische Frauengemeinschaft Deutschland
Schriftführerin	Margret Cornelius	Landessportbund
Beisitzerin	Gerda Becker	Hausfrauengewerkschaft (bis 1992)
Beisitzerin	Frieda Hensmann	Landfrauenverband Weser-Ems (ab 1992)
Beisitzerin	Katharina Killait	Landesarbeitskreis Frauen der F.D.P. (bis 1992)

Funktion	Name	Verband
Beisitzerin	Marianne Lerch	Frauen-Union der CDU
Beisitzerin	Sybille Mattfeldt-Kloth	Deutscher Frauenring
Beisitzerin	Christa Röder	Arbeitskreis der Kinderkrankenschwestern
Beisitzerin	Dagmar Warnken	Deutscher Verband berufstätiger Frauen (ab 1992)
1993 – 1996		
Vorsitzende	Ulrike Block-von Schwartz	Evangelische Frauenarbeit
Stellv. Vorsitzende	Christa Röder	Arbeitskreis der Kinderkrankenschwestern
Schatzmeisterin	Christel Pietschmann	Arbeitskreis Nds. Frauen- und Kinderschutzhäuser (bis 1994)
Schatzmeisterin	Anita Vogel-Block	Bundesverband für den Selbstschutz (ab 1994)
Schriftführerin	Margret Cornelius	Landessportbund
Beisitzerin	Ilse Behrens	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Rita Fiebig	Sozialverband Deutschland (ab 1994)
Beisitzerin	Margret Hamacher	Katholische Frauengemeinschaft Deutschland (bis 1994)
Beisitzerin	Frieda Hensmann	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Sybille Mattfeldt-Kloth	Deutscher Frauenring
Beisitzerin	Dagmar Warnken	Deutscher Verband berufstätiger Frauen
1996 – 1999		
Vorsitzende	Christa Röder	Arbeitskreis der Kinderkrankenschwestern
Stellv. Vorsitzende	Silvia Funke	Landessportbund
Schatzmeisterin	Anita Vogel-Block	Bundesverband für den Selbstschutz (bis 1997)
Schatzmeisterin	Beate Bode	AG berufstätiger Frauen in der CDA (ab 1997)
Schriftführerin	Dagmar Warnken	Deutscher Verband berufstätiger Frauen
Beisitzerin	Ilse Behrens	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Giesela Brandes-Steggewentz	Deutscher Gewerkschaftsbund
Beisitzerin	Marie-Luise Clasen	Nds. Landfrauenverband Hannover
Beisitzerin	Wiebke Klinkenborg	Deutscher Juristinnenbund e.V.
Beisitzerin	Ursula Thümler	Landesarbeitskreis Frauen in der F.D.P.
1999 – 2002		
Vorsitzende	Christa Röder	Arbeitskreis der Kinderkrankenschwestern
Stellv. Vorsitzende	Silvia Funke	Landessportbund
Schatzmeisterin	Christiane Brüggemann	Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer
Schriftführerin	Heidemarie Eggers	Bundesverband Sekretariat und Büromanagement
Beisitzerin	Monika Adler	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Giesela Brandes-Steggewentz	Deutscher Gewerkschaftsbund
Beisitzerin	Wiebke Klinkenborg	Deutscher Juristinnenbund
Beisitzerin	Ursula Thümler	Landesarbeitskreis Frauen in der F.D.P.
Beisitzerin	Ilsemarie Voigt	Deutscher Ärztinnenbund

Funktion	Name	Verband
2002 – 2005		
Vorsitzende	Ursula Thümler	Liberale Frauen
Stellv. Vorsitzende	Wiebke Klinkenborg	Deutscher Juristinnenbund
Schatzmeisterin	Sigrid Menning	Frauen Union der CDU
Schriftführerin	Heidmarie Eggers	Bundesverband Sekretariat und Büromanagement
Beisitzerin	Gabriele Anton	AG sozialdemokratischer Frauen (bis 2005)
Beisitzerin	Heidrun Burfeind	AG sozialdemokratischer Frauen (ab 2005)
Beisitzerin	Gabriele Fels	Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland
Beisitzerin	Helga Papendick-Apel	Deutscher Gewerkschaftsbund
Beisitzerin	Charlotte Ruschulte	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Ilsemarie Voigt	Deutscher Ärztinnenbund
2005 – 2008		
Vorsitzende	Ursula Thümler	Liberale Frauen
Stellv. Vorsitzende	Wiebke Klinkenborg	Deutscher Juristinnenbund
Schatzmeisterin	Charlotte Ruschulte	Landfrauenverband Weser-Ems (bis 2006)
Schatzmeisterin	Heidmarie Eggers	Bundesverband Sekretariat und Büromanagement (ab 2006)
Schriftführerin	Heidrun Burfeind	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Dr. Christa Karras	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen (ab 2007)
Beisitzerin	Cornelia Könneker	Nds. LandFrauenverband Hannover (ab 2006)
Beisitzerin	Susanne Kranz	Frauen Union der CDU
Beisitzerin	Helga Papendick-Apel	Deutscher Gewerkschaftsbund (bis 2007)
Beisitzerin	Renate Salm	Verband medizinischer Fachberufe (bis 2006)
2008 – 2011		
Vorsitzende	Cornelia Könneker	Nds. LandFrauenverband Hannover
stellv. Vorsitzende	Dr. Christa Karras	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen
Schatzmeisterin	Heidmarie Eggers	Bundesverband Sekretariat und Büromanagement
Schriftführerin	Heidrun Burfeind	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Agneta Achterberg	Liberale Frauen
Beisitzerin	Dorothea Braunert	Deutscher Gewerkschaftsbund (bis 2011)
Beisitzerin	Naciye Celebi-Bektas	Deutscher Gewerkschaftsbund (ab 2011)
Beisitzerin	Susanne Kranz	Frauen Union der CDU
Beisitzerin	Astrid Obermüller	Business and Professional Women (bis 2011)
Beisitzerin	Ulrike Krause	Zonta International (ab 2011)
Beisitzerin	Ingeborg Weisig	Deutscher Juristinnenbund

Funktion	Name	Verband
2011 – 2014		
Vorsitzende	Mechthild Schramme-Haack	Soroptimist International
stellv. Vorsitzende	Dr. Christa Karras	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen
Schatzmeisterin	Bärbel Jacob	Frauen im Management (bis 2013)
Schatzmeisterin	Erika Ehlerding	GEDOK NiedersachsenHannover (ab 2013)
Schriftführerin	Brigitta Franke	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Naciye Celebi-Bektas	Deutscher Gewerkschaftsbund
Beisitzerin	Hillgriet Eilers	Liberale Frauen Niedersachsen (bis 2013)
Beisitzerin	Monika Feil	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Ulrike Krause	Zonta International
Beisitzerin	Bela Lange	LandesSportBund Niedersachsen (ab 2013)
Beisitzerin	Ingeborg Weisig	Deutscher Juristinnenbund
2014 – 2017		
Vorsitzende	Cornelia Klaus	Frauen im Management
Stellv. Vorsitzende	Sybille Mattfeldt-Kloth	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen (bis 2016)
Stellv. Vorsitzende	Dr. Christa Karras	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen (ab 2017)
Schatzmeisterin	Erika Ehlerding	GEDOK NiedersachsenHannover
Schriftführerin	Brigitta Franke	AG sozialdemokratischer Frauen
Beisitzerin	Naciye Celebi-Bektas	Deutscher Gewerkschaftsbund
Beisitzerin	Monika Feil	Landfrauenverband Weser-Ems
Beisitzerin	Bela Lange	LandesSportBund Niedersachsen
Beisitzerin	Mechthild Schramme-Haack	Soroptimist International
Beisitzerin	Ulrike Weddig	Deutscher Juristinnenbund
2017 – 2020		
Vorsitzende	Marion Övermöhle-Mühlbach	Frauen Union der CDU
Stellv. Vorsitzende	Dr. Christa Karras	LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen
Schatzmeisterin	Cornelia Klaus	Frauen im Management
Schriftführerin	Simone Wilimzig-Wilke	AG sozialdemokratischer Frauen (bis 2019)
Schriftführerin	Simone Pifan	AG sozialdemokratischer Frauen (ab 2019)
Beisitzerin	Claudia Jacobi	Liberale Frauen Niedersachsen (bis 2019)
Beisitzerin	Sabine Gräßler-Zorn	Frauen im Management (ab 2019)
Beisitzerin	Bela Lange	LandesSportBund Niedersachsen
Beisitzerin	Mechthild Schramme-Haack	Soroptimist International
Beisitzerin	Colette Thiemann	Verein zur Förderung der Frauenpolitik (ab 2018)
Beisitzerin	Ulrike Weddig	Deutscher Juristinnenbund

Impressum

Ifrn 5.0

50 Jahre Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.

Herausgeber:

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Geschäftsstelle

Hilde-Schneider-Allee 25

30173 Hannover

Tel 0511 321031

mail@landesfrauenrat-nds.de

www.landesfrauenrat-nds.de

Redaktion: Antje Peters

Texte: Sabine Fussan, Antje Peters

Grafik: Medienservice Bennit Hirmke

Druck: QUBUS media GmbH, Standort Hildesheim

Titelbild: Dipl.-Designerin (FH) Erika Ehlerding, www.e-ehlerding.de

Auflage: 1.500

Hannover, Juni 2020

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

**Landesfrauenrat
Niedersachsen e.V.** 

Zusammenschluss Niedersächsischer Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände

www.landesfrauenrat-nds.de